

Beteiligtentransparenzdokumentation

Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit (Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten - ThürAbgÜpG -)

Einbringer:
Fraktion DIE LINKE
Fraktion der SPD
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drucksache 7/936)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligtentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligtentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 19. April 2021

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

**der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit (Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten - ThürAbgÜpG -)

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Mit Ende der 6. Wahlperiode des Thüringer Landtags trat das Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit (Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten - ThürAbgÜpG -) gemäß § 10 Satz 2 des Gesetzes außer Kraft. Diese Geltungsdauer stand mit dem Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Einklang, welches die Verwendung der Unterlagen bis zum 31. Dezember 2019 zum Zwecke der Überprüfung befristete. Durch eine Änderung des Gesetzes durch den Bundesgesetzgeber vom 15. November 2019 (BGBl. I S. 1564) wurde die Überprüfung bis zum 31. Dezember 2030 erneut befristet.

Es besteht weiter Interesse an einer Aufklärung, ob und welche Mitglieder des Landtags einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit nachgegangen sind. Dadurch besteht zugleich die Möglichkeit, das abgelaufene Gesetz von Regelungen zu befreien, die nicht mit der Verfassung in Einklang zu bringen sind und die Erklärung der Unwürdigkeit abzuschaffen.

B. Lösung

Bewährte Lösung ist der Erlass eines separaten Gesetzes, insbesondere weil das außer Kraft getretene Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten Regelungen enthielt, die gegen die Verfassung verstießen. Unsachgemäß ist die Erklärung der Unwürdigkeit, denn es obliegt den Menschen Thüringens durch ihre Wahl darüber zu entscheiden. Die Befristung bis zum Ende der 8. Wahlperiode ist sachgerecht.

C. Kosten

Keine

D. Alternativen

Keine

Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit (Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten - ThürAbgÜpG -)

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1
Allgemeine Bestimmungen

(1) Nach diesem Gesetz werden die vor dem 1. Januar 1970 geborenen Abgeordneten des Landtags ungeachtet früherer Überprüfungen ohne ihre Zustimmung daraufhin überprüft, ob sie wissentlich als hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) oder dem Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) zusammengearbeitet haben oder wissentlich als inoffizielle Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des Arbeitsgebietes 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei tätig waren. Eine erneute Überprüfung erfolgt nur, wenn neue Anhaltspunkte für eine Tätigkeit nach Satz 1 bestehen; darüber entscheidet das Gremium gemäß § 3 Abs. 2 Satz 1.

(2) Die Zusammenarbeit eines Abgeordneten mit dem MfS oder die Tätigkeit als inoffizieller Mitarbeiter oder Mitarbeiterin des Arbeitsgebietes 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei wird von den Gremien nach den §§ 3 und 4 nicht berücksichtigt, wenn diese vor dem 1. Januar 1970 beendet war. Dies gilt nicht, wenn die Überprüfung ergibt, dass ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete im Zusammenhang mit seiner oder ihrer Zusammenarbeit mit dem MfS oder der Tätigkeit als inoffizieller Mitarbeiter oder Mitarbeiterin des Arbeitsgebietes 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei ein Verbrechen begangen oder gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat.

(3) Scheidet ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete aus dem Landtag aus, ist das Überprüfungsverfahren einzustellen; die dabei angefallenen Unterlagen sind unverzüglich zu vernichten. Im Übrigen sind die angefallenen Unterlagen unverzüglich nach Ende der Wahlperiode zu vernichten.

§ 2
Einleitung des Überprüfungsverfahrens

(1) Der Präsident oder die Präsidentin des Landtags ersucht den Bundesbeauftragten oder die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Bundesbeauftragter/Bundesbeauftragte) um die Übermittlung von Unterlagen zum Zweck der Überprüfung nach § 1. Darüber hinaus können in jedem Stadium des Verfahrens ergänzende Unterlagen und Stellungnahmen vom Bundesbeauftragten angefordert werden.

(2) Die Abgeordneten sind verpflichtet, dem Präsidenten oder der Präsidentin des Landtags alle Vor- und Familiennamen (Geburtsnamen und Namen aus früheren Ehen), ihre Personenkennzahl und die Wohnanschriften (Haupt- und Nebenwohnungen) der letzten zehn Jahre vor dem 3. Oktober 1990 mitzuteilen.

§ 3

Einleitung der Einzelfallprüfung

(1) Sofern aufgrund der vom Bundesbeauftragten übermittelten Unterlagen der begründete Verdacht einer wesentlichen hauptamtlichen oder inoffiziellen Zusammenarbeit eines Abgeordneten oder einer Abgeordneten mit dem MfS/AfNS oder einer wesentlichen Tätigkeit als inoffizieller Mitarbeiter oder Mitarbeiterin des Arbeitsgebietes 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei besteht, erfolgt eine Einzelfallprüfung.

(2) Über die Einleitung der Einzelfallprüfung entscheidet ein Gremium, das aus den Mitgliedern des Vorstands des Landtags besteht. Für jedes Mitglied des Gremiums wählt der Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder ein ständiges Ersatzmitglied. Die Wahl erfolgt auf Vorschlag der Fraktion, der das zu vertretende Gremiumsmitglied angehört. Den Vorsitz in dem Gremium führt der Präsident oder die Präsidentin des Landtags. Bei ihrer eigenen Überprüfung besteht für die Mitglieder ein Mitwirkungsverbot.

(3) Das Gremium trifft die grundlegenden und die für den Abgeordneten oder die Abgeordnete belastenden Entscheidungen mit Zweidrittelmehrheit, insbesondere die Entscheidung über die Einleitung der Einzelfallprüfung. Das Gremium kann sich eine Verfahrensordnung geben. Für die Überprüfung gelten im Übrigen die Regelungen der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags sinngemäß, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(4) Die Sitzungen des Gremiums sind geheim. An ihnen dürfen Beauftragte des Präsidenten oder der Präsidentin des Landtags teilnehmen. Die Ersatzmitglieder sollen an den Sitzungen des Gremiums als Zuhörende teilnehmen. Ein Rede-, Beratungs- und Stimmrecht haben sie nur, wenn sie ein abwesendes Mitglied vertreten. Am Überprüfungsverfahren beteiligte Personen sind unbeschadet von § 7 Abs. 1 zur Verschwiegenheit über die Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen im Rahmen des Überprüfungsverfahrens bekannt werden. Dies gilt auch für die Zeit nach dem Abschluss des Überprüfungsverfahrens. Der oder die betroffene Abgeordnete ist befugt, auf die Geheimhaltung zu ihn oder ihr betreffenden Tatbeständen zu verzichten. Soweit hierdurch Tatbestände öffentlich gemacht worden sind, kann das Gremium durch seinen Vorsitzenden zu ihnen Stellung nehmen.

(5) Alle Unterlagen des Gremiums sind gegen unbefugten Zugriff zu sichern. Über jede Sitzung wird ein Sitzungsprotokoll in einem Exemplar zur Verwahrung durch die Landtagsverwaltung erstellt. Die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Gremiums können in die Sitzungsprotokolle Einsicht nehmen. Im Übrigen gelten die Richtlinien für den Umgang mit Verschlusssachen im Bereich des Landtags (Geheimhaltungsordnung) entsprechend.

§ 4

Durchführung der Einzelfallprüfung

Zur Durchführung der Einzelfallprüfung wird das Gremium erweitert (erweitertes Gremium). Dem erweiterten Gremium gehören als stimmberechtigte Mitglieder neben den Mitgliedern des Vorstands des Landtags weitere Abgeord-

nete sowie als Mitglieder mit beratender Stimme der Fraktionsvorsitzende oder die Fraktionsvorsitzende des betroffenen Abgeordneten und auf seinen oder ihren Wunsch eine Person seines oder ihres Vertrauens an. Der Ältestenrat bestimmt die Anzahl der weiteren stimmberechtigten Mitglieder, die vom Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt werden. Die Besetzung des erweiterten Gremiums richtet sich nach § 9 Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags. Die Sitzungen des erweiterten Gremiums finden außerhalb des Landtagsgebäudes statt. § 3 Abs. 2 Satz 2 bis 5 und Abs. 3 bis 5 gilt entsprechend.

§ 5

Stellung der betroffenen Abgeordneten

(1) Dem oder der betroffenen Abgeordneten ist jederzeit Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Stellungnahme kann auch schriftlich erfolgen. Er oder sie kann darüber hinaus eine weitere Überprüfung durch den Bundesbeauftragten sowie Einsicht in die den Gremien vorliegenden Unterlagen und Sitzungsprotokolle verlangen.

(2) Vor dem Abschluss der Einzelfallprüfung ist dem oder der Abgeordneten das Ergebnis zu eröffnen und mit ihm oder ihr zu erörtern.

§ 6

Abschluss der Einzelfallprüfung

(1) Steht aufgrund der Überprüfung zur gesicherten Überzeugung der stimmberechtigten Mitglieder des erweiterten Gremiums fest, dass ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete wissentlich als hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter oder Mitarbeiterin mit dem MfS/AfNS zusammengearbeitet hat oder wissentlich als inoffizieller Mitarbeiter oder Mitarbeiterin des Arbeitsgebietes 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei tätig war, stellt es dies mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner stimmberechtigten Mitglieder durch einen Beschluss fest; andernfalls stellt es die Einzelfallprüfung ein.

(2) Die Feststellung darf nur aufgrund der Mitteilung des Bundesbeauftragten und aufgrund sonstiger den Gremien zugeleiteter Unterlagen sowie der Erörterung mit dem betroffenen Abgeordneten nach § 5 Abs. 2 erfolgen.

(3) Die jeweilige Entscheidung ist zu begründen und dem oder der betroffenen Abgeordneten rechtzeitig vor deren Bekanntgabe nach § 7 zuzustellen.

§ 7

Bekanntgabe der Entscheidung des erweiterten Gremiums

(1) Die Feststellung des erweiterten Gremiums, dass ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete wissentlich als hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter oder Mitarbeiterin mit dem MfS/AfNS zusammengearbeitet hat oder wissentlich als inoffizieller Mitarbeiter oder Mitarbeiterin des Arbeitsgebietes 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei tätig war, ist den Mitgliedern des Landtags mit den Gründen bekanntzugeben. Der oder die betroffene Abgeordnete kann dazu eine Erklärung abgeben. Es findet eine Aussprache statt.

(2) Im Falle der Einstellung der Einzelfallprüfung gilt Absatz 1 auf Antrag des oder der betroffenen Abgeordneten entsprechend.

§ 8

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.
Es tritt mit Ablauf der 8. Wahlperiode außer Kraft.

Begründung:

Das außer Kraft getretene Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten hat sich in der Vergangenheit bewährt. Damit keine lange Regelungslücke besteht, ist es sinnvoll, dieses Gesetz in einer bereinigten Form zu beschließen.

Hierbei ist die Entscheidung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 25. Mai 2000 (VerfGH 2/99) zu berücksichtigen, nach dem der Mandatsverlust der Verfassung des Freistaats Thüringen widerspricht. Daher ist diese Regelung gestrichen.

Es ist außerdem unsachgemäß, frei gewählte Abgeordnete für parlamentsunwürdig zu erklären oder ein sonstiges, ähnlich unsachliches Urteil durch eine parlamentarische Mehrheit zu fällen. Die verfassungsrechtlichen Grundsätze des Freistaats Thüringen, garantieren, dass der Souverän durch seine Stimmabgabe eine solche Wertung vornimmt.

Die Befristung bis zum Ablauf der 8. Wahlperiode garantiert einen weitestgehenden Gleichlauf mit der Frist des Bundesgesetzes.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Blehschmidt

Für die Fraktion
der SPD:

Lehmann

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN:

Henfling

2. Vom Einbringer übersandte Daten

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes - Verlängerung der Abgeordnetenüberprüfung im Einklang mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz Gesetzentwurf der Fraktion der CDU	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name _____
	Organisationsform
	Gesellschaft für Zeitgeschichte
	e. V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Marbacher Gasse 40
	Postleitzahl, Ort
99084 Erfurt	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

21531/2020

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

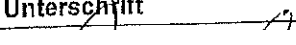
Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes - Verlängerung der Abgeordnetenüberprüfung im Einklang mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/858 - und Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit (Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten - ThürAbgÜpG -) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/936 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Leibnitz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Leibnitz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Leibnitz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam											
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td>AM NEUEN MARKT 1</td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer	AM NEUEN MARKT 1		
Name	Vorname										
<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer	AM NEUEN MARKT 1										

	Postleitzahl, Ort	14467 POTSDAM
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	HISTORIKER	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	1. ZUSTIMMUNG 2. HINWEISE ZUR UMSETZUNG IN BEZUG AUF "WEISUNGSBEFUGTE"	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
POTSDAM, 14.9.2020	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

THÜR. LANDTAG POST
14.09.2020 13:05

21420/2020

ZZF · Am Neuen Markt 1 · 14467 Potsdam

Thüringer Landtag
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Via poststelle@thueringer-landtag.de



Leibniz-Zentrum für
Zeithistorische
Forschung Potsdam

Am Neuen Markt 1
14467 Potsdam

Potsdam, 14.9.2020

Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen Ds 7/858 und 7/936

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu den vorliegenden Gesetzentwürfen nehme ich wie folgt Stellung:

I. Dem Anliegen der beiden Gesetzentwürfe **ist zuzustimmen**. Sie schreiben das Interesse an der öffentlichen Aufklärung über mögliche politische Belastungen von Mandatsträgern des Thüringer Landtags aus der Zeit der SED-Diktatur fort und passen die Regelungen den Maßgaben des Thüringer Verfassungsgerichtshofes zu einem möglichen Mandatsverlust an. Die öffentliche Aufklärung über die politische Vergangenheit heutiger Mandatsträger als Amtsträger oder anderweitig Mitwirkende an Unrechtsakten der DDR-Diktatur ist von außerordentlicher Bedeutung für Glaubwürdigkeit und Legitimität von Politik in der Demokratie. Besonders wichtig ist dabei, die Überprüfung **transparent, fair und auf der Höhe des heutigen Wissensstandes** über die Repressionsmechanismen in der DDR und die Beteiligungsformen daran zu gestalten. Hierzu gehört die möglichst vollständige Berücksichtigung der Aktenüberlieferung, die Anhörung der betroffenen Mandatsträger und die Begleitung dieses Prozesses mit entsprechender Expertise, etwa durch den Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

II. Der **Gesetzentwurf der CDU-Fraktion** geht über die bisherigen Regelungen an einem wesentlichen Punkt hinaus. Überprüft werden soll unter anderem auf "Personen, die gegenüber dem MfS oder AfNS **rechtlich oder faktisch weisungsbefugt** waren" (§ 42 i Abs. 1 Satz 3). Diese Regelung lehnt sich an § 6 Abs. 5 Nr. 1 StUG an, mit dem dieser Personenkreis in den Rechtsfolgen den hauptamtlichen Mitarbeitern und Informanten der Staatssicherheit gleichgestellt wird.

Eine solche Ausweitung des Personenkreises ist grundsätzlich zu begrüßen. Sie trägt der Tatsache Rechnung, dass es in der DDR neben den MfS- und K1-Mitarbeitern eine Vielzahl von politischen Funktionsträgern des SED-Regimes gab, die durch entsprechende Weisungen an der Überwachung und Verfolgung von DDR-Bewohnern lenkend mitwirkten. Dies betrifft vor allem Funktionäre der SED, aber im Einzelfall auch andere Amts- und Funktionsträger der DDR. Mit

dieser Erweiterung kann wirksam dem gängigen, einseitigen Bild von Tätern der SED-Diktatur entgegengetreten werden, das fast ausschließlich auf Mitarbeiter und Informanten des MfS fokussiert ist.

III. Die Erfahrungen mit der Weisungsbefugten-Regelung des StUG verdeutlichen zugleich, wie rechtlich problematisch ihre **praktische Umsetzung** ist. Die Definition des Personenkreises, der eine rechtliche oder faktische Weisungsbefugnis besaß, ist bis heute in fachwissenschaftlichen Kreisen nur grob umrissen und für einzelne mögliche Personengruppen umstritten. Während die Feststellung einer rechtlichen Weisungsbefugnis auf Grundlage von Rechtsnormen der DDR noch vergleichsweise eindeutig ist, beruht die Feststellung einer faktischen Weisungsbefugnis auf der Analyse realhistorischer Vorgänge jenseits des Normenstaates, wie sie unter anderem in Vorgängen des MfS zu finden sind. So kann etwa ein SED- oder Staatsfunktionär der DDR beim MfS interveniert haben, um dessen Vorgehen in einem konkreten Verfolgungsfall zu beeinflussen. Ob dies einer faktischen Weisungsbefugnis gleichkam, wäre anhand der konkreten Umstände zu prüfen. Der alleinige Verweis auf die seit 1968 auch verfassungsrechtlich fixierte "führende Rolle" der SED in Art. 1 DDR-Verfassung wird hier nicht ausreichen.

Im Zuge der Gesetzgebung zu einem novellierten AAÜG 2005 hat das Bundessozialministerium nach Beratung durch die BStU einen **Katalog von Positionen** erarbeitet, der dann im Rahmen der Beratungen des Bundestages auf Initiative der CDU-Fraktion noch einmal erweitert wurde (in den Punkten 4, 5 und 8). Er umfasst die folgenden Positionen:

1. Mitglied, Kandidat oder Staatssekretär im Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands,
 2. Generalsekretär, Sekretär oder Abteilungsleiter des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) sowie als Mitarbeiter der Abteilung Sicherheit bis zur Ebene der Sektorenleiter oder als die jeweiligen Stellvertreter,
 3. Erster oder Zweiter Sekretär der SED-Bezirks- oder Kreisleitung sowie Abteilungs- oder Referatsleiter für Sicherheit oder Abteilungsleiter für Staat und Recht,
 4. Minister, stellvertretender Minister oder stimmberechtigtes Mitglied von Staats- oder Ministerrat oder als ihre jeweiligen Stellvertreter,
 5. Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates, Vorsitzender des Staatsrats oder Vorsitzender des Ministerrats sowie als in diesen Ämtern ernannter Stellvertreter,
 6. Staatsanwalt in den für vom Ministerium für Staatssicherheit sowie dem Amt für Nationale Sicherheit durchzuführenden Ermittlungsverfahren zuständigen Abteilung I der Bezirksstaatsanwaltschaften,
 7. Staatsanwalt der Generalstaatsanwaltschaft der DDR,
 8. Mitglied der Bezirks- oder Kreis-Einsatzleitung,
 9. Staatsanwalt oder Richter der I-A-Senate,
- (§ 6, Abs. 2 AAÜG)



Die Orientierung an diesem Katalog wäre grundsätzlich denkbar, wobei insbesondere die Einbeziehung sämtlicher Mitglieder des Ministerrats sowie der Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen als zu weit gezogen zu betrachten ist.

IV. Der Blick auf diesen Kreis von Weisungsbefugten lässt erkennen, dass zum heutigen Zeitpunkt schon aufgrund der **vergangenen Zeit** und dem damaligen **Alter heutiger Mandatsträger** es nicht ausgeschlossen, aber ausgesprochen unwahrscheinlich ist, auf solche Weisungsbefugten zu stoßen. Dies muss kein Grund sein, auf eine entsprechende Regelung heute zu verzichten. Sie wird jedoch in Hinblick auf den unmittelbaren Normzweck kaum faktische Wirkung entfalten und insofern eher symbolischen Wert haben.

V. Unabhängig davon wirft der Personenkreis der Weisungsbefugten in der Überprüfung nach StUG erhebliche **praktische Schwierigkeiten** auf, da es – anders als bei MfS-Mitarbeitern und Informanten – keine entsprechenden Karteien oder sonstige Findmittel beim **BStU** (bzw. zukünftig: Bundesarchiv) gibt. Damit sind dort den Recherchemöglichkeiten im Falle der entsprechenden Mandatsträger Grenzen gesetzt. Die bloße Feststellung einer entsprechenden Position laut Katalog wiederum ist sinnvollerweise nicht durch den BStU möglich, da dort (meines Wissens) nicht Buch darüber geführt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Opfer des Stalinismus Thüringen e. V.

Thüringer Archiv für Zeitgeschichte "Matthias Domaschk"

Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Stiftung Ettersberg

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Bürgerkomitee des Landes Thüringen e. V.

Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen für die Aufarbeitung der SED-Diktatur

Prof. Dr. Wolfgang Löwer

Bund der in der DDR Zwangsausgesiedelten e.V.

Point Alpha Stiftung

Die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft

Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligientransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes - Verlängerung der Abgeordnetenüberprüfung im Einklang mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/858 - <i>zu beiden Entwürfen</i> und Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit (Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten - ThürAbgÜpG -) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/936 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td><i>Gesellschaft für Zeitgeschichte e.V.</i></td> <td><i>e.V.</i></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td><i>Marbacher Gasse 40</i></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td><i>99084 Erfurt</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Gesellschaft für Zeitgeschichte e.V.</i>	<i>e.V.</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Marbacher Gasse 40</i>	Postleitzahl, Ort	<i>99084 Erfurt</i>
	Name	Organisationsform									
	<i>Gesellschaft für Zeitgeschichte e.V.</i>	<i>e.V.</i>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Marbacher Gasse 40</i>									
Postleitzahl, Ort	<i>99084 Erfurt</i>										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
	Name	Vorname									
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Aufarbeitung SED-Diktatur	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	siehe Stellungnahme	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 15.9.20	

Gesellschaft für Zeitgeschichte e.V.

Stellungnahme

zum „vierzehnten Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes – Verlängerung der Abgeordnetenüberprüfung im Einklang mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz – Gesetzentwurf der Fraktion der CDU“ und dem „Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit (Thüringer Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten – ThürAbgÜpG) – Gesetzentwurf der Fraktionen Die Linke, der SPD und Bündnis90/Die Grünen“ (Gesetzentwurf der Koalition).

1. Die Forderung nach Überprüfung der Abgeordneten auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) oder dem Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) war eine der grundlegenden Forderungen der Friedlichen Revolution. Später wurde deutlich, dass Mitarbeiter des Arbeitsgebietes 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei (K1) in gleicher Weise beteiligt waren und deshalb auch die Überprüfung auf eine solche Tätigkeit gefordert. In beiden Gesetzentwürfen ist dies vorgesehen.

Wir begrüßen daher ausdrücklich den Willen der Fraktionen der CDU, Die Linke, der SPD und Bündnis90/Die Grünen zu einer Verlängerung bzw. Wiederaufnahme der Überprüfung.

2. Der Gesetzentwurf der CDU will das über eine Ergänzung des Abgeordnetengesetzes, der Gesetzentwurf der Koalition wie bisher über ein eigenes Gesetz regeln. Wir halten den erstgenannten Weg für geeigneter, da er eine schnellere Umsetzung ermöglicht. Unsere Stellungnahme beziehen wir aber in der Regel auf den ausführlicheren Entwurf der Koalition, soweit nicht Inhalte, die nur im Gesetzentwurf der CDU enthalten sind, u.E. wichtig sind.

Wir unterstützen den Vorschlag der CDU, diese Überprüfung im Abgeordnetengesetz zu regeln. Die §§ des Gesetzentwurfes der Koalition sind entsprechend in das Abgeordnetengesetz einzugliedern.

3. Das MfS war „Schild und Schwert der Partei“, also Werkzeug der SED zur Erhaltung der SED-Diktatur. Die Mitwirkung von Funktionären und Unterstützern der SED-Diktatur wie Mitarbeitern des Staats- und Parteiapparates, Juristen, Funktionären im Bereich der Volksbildung oder der Kultur, in den gewählten Parlamenten diente aber ebenso der Machterhaltung der Diktatur. Allerdings war dies bei den letztgenannten öffentlich bekannt, wohingegen die Tätigkeit für das MfS/AfNS und die K1 in den meisten Fällen konspirativ erfolgte.

Weniger bekannt ist, dass bestimmte Mitarbeiter des Staats- und Parteiapparates, „gegenüber dem MfS oder AfNS rechtlich oder faktisch weisungsbefugt“ waren.

Wir begrüßen deshalb diese Erweiterung im Gesetzentwurf der CDU und fordern die Aufnahme dieser Erweiterung im § 1 (1) und den folgenden §§ des Gesetzentwurfes der Koalition.

4. Wir sind der Auffassung, dass die Mitarbeiter/innen beim MfS/AfNS und der K1 das Vertrauen gegenüber anderen Menschen in grober Weise missbraucht haben. Die Wähler haben im Interesse einer begründeten Wahlentscheidung ein Recht darauf, von einer solchen Tätigkeit zu erfahren. Abgeordnete sind insofern Personen der Zeitgeschichte und können sich nicht grundsätzlich mit Verweis auf das Persönlichkeitsrecht dem entziehen.

Deshalb ist es noch gravierender, wenn die betroffene Person diese Tätigkeit bewusst verschweigt oder leugnet.

Dabei sind grundlegende Informationen über Art, Umfang und Umstände der Tätigkeit notwendig, um eine abgewogene Entscheidung treffen zu können. Andererseits kann so der

Wähler auch die Tätigkeit der Kandidaten und Abgeordneten nach 1990 entsprechend einordnen und gebührend berücksichtigen. Das gilt insbesondere, wenn sie mit den von ihnen geschädigten Opfern eine Aufarbeitung begonnen und dies auch in geeigneter Weise öffentlich dargestellt haben.

Deshalb sind wir immer dafür eingetreten, dass eine Überprüfung im Zusammenhang mit einer Kandidatur erfolgt und ggf. eine frühere Zusammenarbeit mit dem MfS/AfNS und der K1 oder anderer Zusammenhänge vor der Wahl bekannt sind.

Es sollte geprüft werden, inwieweit das umsetzbar ist.

5. Mit der Besetzung der Bezirksverwaltungen und vieler Kreisdienststellen am 4. bis 6. Dezember 1989 und der Besetzung der Zentrale des MfS/AfNS am 15. Januar 1990 war es nicht mehr in der bisherigen Weise handlungsfähig. Das ist inzwischen 30 Jahre her. Deshalb ist es angemessen, für die Festlegung einer Mindestaltersgrenze für die Überprüfung den 1. Januar 1990 als Bezug zu nehmen.

Im Gesetzentwurf der Koalition § 1 (1) sollen „die vor dem 1. Januar 1970 geborenen Abgeordneten des Landtags“ überprüft werden.

Dieser Stichtag ist im Bezug zu dem oben gesagten nicht nachvollziehbar, da damit alle, die 1990 jünger als 20 Jahre waren, nicht überprüft werden. Das MfS hat aber in vielen Fällen auch junge Erwachsene mit Beginn ihrer rechtlichen Volljährigkeit, in manchen Fällen sogar als Jugendliche für eine Mitarbeit angeworben oder gar erpresst. Wir geben auch zu bedenken, dass mit der Überprüfung nicht nur belastende, sondern ggf. auch entlastende Tatsachen bekannt werden.

Wir fordern deshalb, alle „vor dem 15. Januar 1975 geborenen Abgeordneten des Landtags“ zu überprüfen.

6. Im Gesetzentwurf der Koalition § 1 (2) soll eine Zusammenarbeit eines Abgeordneten nicht berücksichtigt werden, „wenn diese vor dem 1. Januar 1970 beendet war“.

Das bezieht sich auf eine Zusammenarbeit, die 50 bzw. mehr Jahre zurückliegt. Das ist mit derselben Begründung wie oben nicht stichhaltig, auch wenn dieser Fall immer seltener überhaupt auftreten kann.

Wir fordern deshalb die Streichung von § 1 (2).

7. Werden erhebliche Tatsachen über eine Zusammenarbeit eines Abgeordneten mit dem MfS/AfNS neu bekannt, muss eine erneute Überprüfung jederzeit möglich sein.

Wir fordern deshalb die Aufnahme eines Entsprechenden Absatzes in den Gesetzentwurf.

8. Beide Gesetzentwürfe sehen ein Gremium für die Überprüfung vor, dass aus den Mitgliedern des Vorstands des Landtags besteht und alle grundlegenden und den Abgeordneten belastenden Entscheidungen mit Zweidrittelmehrheit trifft. Im Falle eines Verdachts auf Mitarbeit wird eine Einzelfallprüfung eingeleitet. Dazu wird das Gremium um weitere Abgeordnete sowie als Mitglieder mit beratender Stimme der Fraktionsvorsitzende des betroffenen Abgeordneten und auf seinen Wunsch eine Person seines Vertrauens ergänzt. Damit unterliegen alle Beratungen in dieser Angelegenheit den politischen Interessen und Prämissen der jeweiligen Abgeordneten und letztendlich ihrer Fraktionen und Parteien. Wir befürchten, dass es aufgrund der Zweidrittelmehrheit der Beschlussfassungen zu Entscheidungen kommen kann, die nicht im Interesse einer unvoreingenommenen und transparenten Aufarbeitung liegen.

Deshalb schlagen wir vor, dass die Überprüfung von einer Expertenkommission vorgenommen werden. Diese ist mit einfacher Mehrheit zu Beginn der Legislatur

vom Landtag zu wählen und besteht aus Mitgliedern, die weder dem Landtag noch der Landesregierung angehören.

9. Im Gesetzentwurf der Koalition in § 7 (1) ist vorgesehen:
„Die Feststellung des erweiterten Gremiums, dass ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete wissentlich als hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter oder Mitarbeiterin mit dem MfS/AfNS zusammengearbeitet hat oder wissentlich als inoffizieller Mitarbeiter oder Mitarbeiterin des Arbeitsgebietes 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei tätig war, ist den Mitgliedern des Landtags mit den Gründen bekanntzugeben. Der oder die betroffene Abgeordnete kann dazu eine Erklärung abgeben. Es findet eine Aussprache statt.“

Aus den o.g. Gründen erfordert diese Bekanntgabe auch grundlegende Angaben zu Art, Umfang und Umständen der Tätigkeit.

Deshalb fordern wir, dass die Begründung der Entscheidung nach § 6 (3) grundlegende Angaben zu Art, Umfang und Umständen der Tätigkeit enthalten muss. Der Absatz ist entsprechend zu erweitern.

10. Eine Entscheidung, ob jemand mit einer solchen Tätigkeit in der Vergangenheit für ein Mandat geeignet oder würdig ist, ist einzig und allein die der Wähler.

Deshalb ist eine Erklärung der „Parlamentsunwürdigkeit“ durch den Landtag unangemessen. Eine Passage im früheren Gesetz zum Verlust des Abgeordnetenstatus wurde vom Verfassungsgericht für nichtig erklärt. Auch eine Feststellung, „dass das betroffene Mitglied das Ansehen des Landtags belastet“, wie im Gesetzentwurf der CDU vorgesehen, ist aus denselben Gründen problematisch.

Da aber der Großteil der Abgeordneten nicht direkt, sondern über eine Liste einer Partei gewählt wird, hat andererseits der Wähler ein Recht darauf zu erfahren, wie die ihn aufstellende Partei eine solche Tätigkeit beurteilt.

Deshalb ist es notwendig, dass auch die Fraktion dieser Partei eine Erklärung mit einer Beurteilung dieser Tätigkeit des Abgeordneten abgibt. Die anderen Fraktionen können ebenfalls, ggf. auch mehrere Fraktionen zusammen, eine solche Erklärung abgeben.

Das Gesetz muss um einen entsprechenden § ergänzt werden.

11. Die Wähler müssen für eine erneute Wahlentscheidung für die Partei und ggf. für den Abgeordneten Kenntnis vom Ergebnis der Überprüfung haben.

Die Abgeordneten und die Fraktionen können verlangen, dass ihre Erklärung Bestandteil der Bekanntgabe werden.

Deshalb sind die Ergebnisse der Überprüfung, die Begründung und die Erklärungen der Kandidaten sowie der Fraktionen in geeigneter Weise öffentlich bekanntzugeben.

Dies muss in dem zu ergänzenden § mit enthalten sein.

12. Aus Altersgründen wird der Fall, dass ein Abgeordneter mit dem MfS/AfNS oder der K1 zusammengearbeitet hat, in 20 Jahren kaum mehr auftreten.

Deshalb sollte das Gesetz bis zum 1. Januar 2040 befristet werden.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<p>Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes - Verlängerung der Abgeordnetenüberprüfung im Einklang mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/858 - und Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit (Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten - ThürAbgÜpG -) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/936 -</p>											
1.	<p>Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>(Leitung der Ev. Kinder- und Jugendbildungsstätte Erlebnishaush Altmark in Trägerschaft des Kirchenkreises Salzwedel)</td> <td>Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Ev. Kinder- und Jugendbildungsstätte Erlebnishaush Altmark</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Zethlinger Dorfstr. 28</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>39624 Kalbe/Milde (OT Zethlingen)</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	(Leitung der Ev. Kinder- und Jugendbildungsstätte Erlebnishaush Altmark in Trägerschaft des Kirchenkreises Salzwedel)	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Ev. Kinder- und Jugendbildungsstätte Erlebnishaush Altmark	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Zethlinger Dorfstr. 28	Postleitzahl, Ort	39624 Kalbe/Milde (OT Zethlingen)
Name	Organisationsform										
(Leitung der Ev. Kinder- und Jugendbildungsstätte Erlebnishaush Altmark in Trägerschaft des Kirchenkreises Salzwedel)	Körperschaft des öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Ev. Kinder- und Jugendbildungsstätte Erlebnishaush Altmark										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Zethlinger Dorfstr. 28										
Postleitzahl, Ort	39624 Kalbe/Milde (OT Zethlingen)										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)</p>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort		
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)		
	"Bildungsarbeit" als Kreisjugendreferent und Leitung der Ev. Kinder- und Jugendbildungsstätte Erlebnishaus Altmark www.erlebnishaus-altmark.de		
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?		
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)		
	"Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser"		
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)		
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?		
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?		
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail am 07.09.2020 (bestätigte Zuschrift 7/409)		
	<input type="checkbox"/> per Brief		
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)		
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!		

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Zethlingen, den 14.09.2020	



Evangelische Kinder-
und Jugendbildungsstätte

Zethlinger Dorfstraße 28
39624 KALBE/Milde
OT Zethlingen

Fax 039009 90773
Mobil 0151 58427614

Von: Erlebnishaus <erlebnishaus.altmark@googlemail.com>
Gesendet: Montag, 7. September 2020 17:09
An: Landtag Poststelle
Betreff: Erlebnishaus Altmark - Statement zum Anhörungsverfahren gemäß § 79 (am 25.09.20)

THÜR. LANDTAG POST
08.09.2020 07:22

zur Kenntnis an den Thüringer Landtag

20848/2020

Sehr geehrter Herr Ministerialrat

vielen herzlichen Dank für die Möglichkeit im Rahmen eines Anhörungsverfahrens nach § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages ein Statement abgeben zu können.

Statement:

"Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser" heißt es in einem Sprichwort, dessen Entstehung bestimmt auf negativen Erfahrungswerten beruht.

Um eine funktionierende demokratisch legitimierte Volksvertretung erhalten zu können, ist es m.E. unabdingbar,

dass man gewählten Abgeordneten vertrauen kann und sie aufrichtig sind.

Die Kontrolle (sprich eine Überprüfung der Abgeordneten auf möglichen Stasi-Tätigkeit etc.) sollte dieses Vertrauen im Besten Fall für alle sichtbar "manifestieren"...

oder aber auch, im schlimmsten Fall, als absurdum führen und somit widerlegen.

Als derzeitige Leitung der Ev. Kinder- und Jugendbildungsstätte "Erlebnishaus Altmark" (Nr. 26 auf Ihrer Liste),

welches im Jahr 2009 im Rahmen der Initiative "Deutschland - Land der Ideen" als

Demokratie-Erlebnishaus Zethlingen vom damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler ausgezeichnet wurde,

unterstütze ich daher den Gesetzesvorschlag zur Verlängerung der Abgeordneten Überprüfung.

Hinweis:

Der in Ihrer Adrema (Nr. 26 auf Ihrer Liste) genannte Herr

ist bereits seit 2010 nicht

mehr Leiter des Erlebnishauses,

ebenso hat sich die Adresse des Erlebnishauses leicht verändert (Richtige Adresse siehe unten).

Aufgrund der weiten An- und Abreise, sowie der Corona bedingten Hygiene-Vorschriften halte ich es für ökologisch und ökonomisch sinnvoll,

nicht persönlich zum Anhörungsverfahren anzureisen und melde mich daher ab.

Ich wünsche Ihnen jedoch eine kontroverse aber auch zielführende Beratung!

Mit freundlichen Grüßen

(Hausleitung + Koordinierung Bildungsarbeit)

Erlebnishaus Altmark

Zethlinger Dorfstrasse 28

39624 Kalbe/Milde - OT Zethlingen

www.erlebnishaus-altmark.deder

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes - Verlängerung der Abgeordnetenüberprüfung im Einklang mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/858 - und Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit (Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten - ThürAbgÜpG -) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/936 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;">Ods Thüringen e.V.</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Opfer des Stalinismus Langensatzauer Str. 78 99867 Göttha</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse	Ods Thüringen e.V.	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Opfer des Stalinismus Langensatzauer Str. 78 99867 Göttha	Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Ods Thüringen e.V.										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Opfer des Stalinismus Langensatzauer Str. 78 99867 Göttha										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Die Aufklärung kommunistischer Verbrechen</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<i>Die Gesetzentwürfe sind eine Augenwischerei</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<i>Jettha, 16.08.20</i>	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

OdS Thüringen e.V.

Opfer des Stalinismus

>Förderungswürdige und gemeinnützige Organisation<

Langensalzaer-Str. 78
99867 Gotha

Tel.: (03621) 743570
Fax: (03621) 705382
E-Mail: odsthuer@t-online.de

THÜR. LANDTAG POST
10.09.2020 08:56

21135/2020

Thüringer Landtag
Referat A 7
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Gotha, den 16.08.2020

Stellungnahme

Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion ist richtungsweisend aber nicht zielführend, weil die Behörde der bisherigen Bundesbeauftragten (BStU) in fast drei Jahrzehnten nicht willens und in der Lage war **alle Erfassungsarten** von Informellen Mitarbeitern des MfS strukturell aufzuarbeiten.

Bisher ist kein einziger **UMA** (Unbekannter Mitarbeiter), geschweige denn ein **KGB-Agent** öffentlich enttarnt worden, soweit er sich im Öffentlichen Dienst oder als Abgeordneter betätigt hat.

Deshalb wird dieser Gesetzentwurf wie gehabt keine Aufklärung bringen, zumal damit noch nicht einmal der Verlust des Abgeordneten-Mandates verbunden ist.

Bezeichnend ist der Gesetzentwurf der drei Regierungsbildenden Fraktionen, die von vorne herein den Wählerwillen über eine Erklärung zur Unwürdigkeit stellen wollen.

Dass nun ausgerechnet der Abgeordnete der Linken die Begründung zu ihrem eigenen Entwurf unterschrieben hat ist schon bezeichnend.

Selbiger dürfte nunmehr seit ca. 40 Jahren im gleichen Gebäude seinem beruflichen Ruhestand entgegen sehen und sich über diesen „Rechtsstaat“ ins Fäustchen lachen. Überraschte ihn doch die so genannte „Wende“ als Mitarbeiter der Abt. Inneres beim **Rat des Bezirkes** (damals noch Joh.-Seb.-Bach-Str. 1).

Er war für die Genehmigung von Privat-u. Dienstreisen kirchlicher Mitarbeiter in das kapitalistische Ausland, also auch der Bundesrepublik Deutschland zuständig.

Das konnte nur mit einem geheimen Dienstverhältnis mit dem MfS gehen, ähnlich den OibE (Offizieren im besonderen Einsatz) bei den Räten der Kreise, die in den Abt. Inneres für die „Zurückdrängung von ungesetzlichen Ausreiseersuchen“ zuständig waren.

Oder er war einer der zahlreichen POZW-Partner, die auch ohne Dienstverhältnis mit dem MfS zusammen arbeiteten, also auch weisungsbefugt waren ?

Im höchsten Maße bedenklich ist auch der Umstand, dass in den vorgesehenen Überprüfungs-Kommissionen kein einziger Stasi-Experte sitzen wird und sich die Abgeordneten quasi selbst überprüfen. (!) Die wohl zu erwartenden Verdachtsfälle wird es innerhalb der Linken-Fraktion geben, wie schon in der Vergangenheit, und die hat dann auch die Mehrheit bei den Abstimmungen.

Es gibt von unserer Seite also schwerwiegende Bedenken zum gesamten Verfahren, betrachtet man noch einmal die Ergebnisse aus den voran gegangenen Legislaturperioden.

Ein Treppenwitz der Geschichte ist die Aufführung eines ehemaligen Bundespräsidenten in der Verteilerliste an Nummer Eins, wenn man nur einige der auf dem Index des Büchermarktes stehenden Titel über Ihn gelesen haben sollte. Dieser Mann ist stellvertretend verantwortlich für die immensen Versäumnisse der Behörde, die anfänglich seinen Namen getragen hat. Als ehemaliger politischer Gefangener und als ehemaliger Bürgerrechtler schäme ich mich noch heute für diesen Namen, dies nur als persönliche Anmerkung des Unterzeichners.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes - Verlängerung der Abgeordnetenüberprüfung im Einklang mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU,		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Organisationsform</div>	
	<div style="flex: 1;"></div> <div style="flex: 1;">Thüringer Archiv für Zeitgeschichte "Matthias Domaschk"</div>	
	<div style="flex: 1;">Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</div> <div style="flex: 1;">Camsdorfer Ufer 17</div>	
	<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;">07749 Jena</div>	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Vorname</div>	
	<div style="flex: 1;"></div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;"><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1;"><input type="checkbox"/> Wohnadresse</div>	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer</div> <div style="flex: 1;"></div>	
<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;"></div>		

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

21531/2020

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

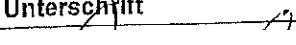
Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes - Verlängerung der Abgeordnetenüberprüfung im Einklang mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/858 - und Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit (Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten - ThürAbgÜpG -) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/936 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Leibnitz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Leibnitz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Leibnitz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam											
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td>AM NEUEN MARKT 1</td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer	AM NEUEN MARKT 1		
Name	Vorname										
<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer	AM NEUEN MARKT 1										

	Postleitzahl, Ort	14467 POTSDAM
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	HISTORIKER	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	1. ZUSTIMMUNG 2. HINWEISE ZUR UMSETZUNG IN BEZUG AUF "WEISUNGSBEFUGTE"	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
POTSDAM, 14.9.2020	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

THÜR. LANDTAG POST
14.09.2020 13:05

21420/2020

ZZF · Am Neuen Markt 1 · 14467 Potsdam

Thüringer Landtag
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Via poststelle@thueringer-landtag.de



Leibniz-Zentrum für
Zeithistorische
Forschung Potsdam

Am Neuen Markt 1
14467 Potsdam

Potsdam, 14.9.2020

Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen Ds 7/858 und 7/936

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu den vorliegenden Gesetzentwürfen nehme ich wie folgt Stellung:

I. Dem Anliegen der beiden Gesetzentwürfe **ist zuzustimmen**. Sie schreiben das Interesse an der öffentlichen Aufklärung über mögliche politische Belastungen von Mandatsträgern des Thüringer Landtags aus der Zeit der SED-Diktatur fort und passen die Regelungen den Maßgaben des Thüringer Verfassungsgerichtshofes zu einem möglichen Mandatsverlust an. Die öffentliche Aufklärung über die politische Vergangenheit heutiger Mandatsträger als Amtsträger oder anderweitig Mitwirkende an Unrechtsakten der DDR-Diktatur ist von außerordentlicher Bedeutung für Glaubwürdigkeit und Legitimität von Politik in der Demokratie. Besonders wichtig ist dabei, die Überprüfung **transparent, fair und auf der Höhe des heutigen Wissensstandes** über die Repressionsmechanismen in der DDR und die Beteiligungsformen daran zu gestalten. Hierzu gehört die möglichst vollständige Berücksichtigung der Aktenüberlieferung, die Anhörung der betroffenen Mandatsträger und die Begleitung dieses Prozesses mit entsprechender Expertise, etwa durch den Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

II. Der **Gesetzentwurf der CDU-Fraktion** geht über die bisherigen Regelungen an einem wesentlichen Punkt hinaus. Überprüft werden soll unter anderem auf "Personen, die gegenüber dem MfS oder AfNS **rechtlich oder faktisch weisungsbefugt** waren" (§ 42 i Abs. 1 Satz 3). Diese Regelung lehnt sich an § 6 Abs. 5 Nr. 1 StUG an, mit dem dieser Personenkreis in den Rechtsfolgen den hauptamtlichen Mitarbeitern und Informanten der Staatssicherheit gleichgestellt wird.

Eine solche Ausweitung des Personenkreises ist grundsätzlich zu begrüßen. Sie trägt der Tatsache Rechnung, dass es in der DDR neben den MfS- und K1-Mitarbeitern eine Vielzahl von politischen Funktionsträgern des SED-Regimes gab, die durch entsprechende Weisungen an der Überwachung und Verfolgung von DDR-Bewohnern lenkend mitwirkten. Dies betrifft vor allem Funktionäre der SED, aber im Einzelfall auch andere Amts- und Funktionsträger der DDR. Mit

dieser Erweiterung kann wirksam dem gängigen, einseitigen Bild von Tätern der SED-Diktatur entgegengetreten werden, das fast ausschließlich auf Mitarbeiter und Informanten des MfS fokussiert ist.

III. Die Erfahrungen mit der Weisungsbefugten-Regelung des StUG verdeutlichen zugleich, wie rechtlich problematisch ihre **praktische Umsetzung** ist. Die Definition des Personenkreises, der eine rechtliche oder faktische Weisungsbefugnis besaß, ist bis heute in fachwissenschaftlichen Kreisen nur grob umrissen und für einzelne mögliche Personengruppen umstritten. Während die Feststellung einer rechtlichen Weisungsbefugnis auf Grundlage von Rechtsnormen der DDR noch vergleichsweise eindeutig ist, beruht die Feststellung einer faktischen Weisungsbefugnis auf der Analyse realhistorischer Vorgänge jenseits des Normenstaates, wie sie unter anderem in Vorgängen des MfS zu finden sind. So kann etwa ein SED- oder Staatsfunktionär der DDR beim MfS interveniert haben, um dessen Vorgehen in einem konkreten Verfolgungsfall zu beeinflussen. Ob dies einer faktischen Weisungsbefugnis gleichkam, wäre anhand der konkreten Umstände zu prüfen. Der alleinige Verweis auf die seit 1968 auch verfassungsrechtlich fixierte "führende Rolle" der SED in Art. 1 DDR-Verfassung wird hier nicht ausreichen.

Im Zuge der Gesetzgebung zu einem novellierten AAÜG 2005 hat das Bundessozialministerium nach Beratung durch die BStU einen **Katalog von Positionen** erarbeitet, der dann im Rahmen der Beratungen des Bundestages auf Initiative der CDU-Fraktion noch einmal erweitert wurde (in den Punkten 4, 5 und 8). Er umfasst die folgenden Positionen:

1. Mitglied, Kandidat oder Staatssekretär im Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands,
 2. Generalsekretär, Sekretär oder Abteilungsleiter des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) sowie als Mitarbeiter der Abteilung Sicherheit bis zur Ebene der Sektorenleiter oder als die jeweiligen Stellvertreter,
 3. Erster oder Zweiter Sekretär der SED-Bezirks- oder Kreisleitung sowie Abteilungs- oder Referatsleiter für Sicherheit oder Abteilungsleiter für Staat und Recht,
 4. Minister, stellvertretender Minister oder stimmberechtigtes Mitglied von Staats- oder Ministerrat oder als ihre jeweiligen Stellvertreter,
 5. Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates, Vorsitzender des Staatsrats oder Vorsitzender des Ministerrats sowie als in diesen Ämtern ernannter Stellvertreter,
 6. Staatsanwalt in den für vom Ministerium für Staatssicherheit sowie dem Amt für Nationale Sicherheit durchzuführenden Ermittlungsverfahren zuständigen Abteilung I der Bezirksstaatsanwaltschaften,
 7. Staatsanwalt der Generalstaatsanwaltschaft der DDR,
 8. Mitglied der Bezirks- oder Kreis-Einsatzleitung,
 9. Staatsanwalt oder Richter der I-A-Senate,
- (§ 6, Abs. 2 AAÜG)



Die Orientierung an diesem Katalog wäre grundsätzlich denkbar, wobei insbesondere die Einbeziehung sämtlicher Mitglieder des Ministerrats sowie der Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen als zu weit gezogen zu betrachten ist.

IV. Der Blick auf diesen Kreis von Weisungsbefugten lässt erkennen, dass zum heutigen Zeitpunkt schon aufgrund der **vergangenen Zeit** und dem damaligen **Alter heutiger Mandatsträger** es nicht ausgeschlossen, aber ausgesprochen unwahrscheinlich ist, auf solche Weisungsbefugten zu stoßen. Dies muss kein Grund sein, auf eine entsprechende Regelung heute zu verzichten. Sie wird jedoch in Hinblick auf den unmittelbaren Normzweck kaum faktische Wirkung entfalten und insofern eher symbolischen Wert haben.

V. Unabhängig davon wirft der Personenkreis der Weisungsbefugten in der Überprüfung nach StUG erhebliche **praktische Schwierigkeiten** auf, da es – anders als bei MfS-Mitarbeitern und Informanten – keine entsprechenden Karteien oder sonstige Findmittel beim **BStU** (bzw. zukünftig: Bundesarchiv) gibt. Damit sind dort den Recherchemöglichkeiten im Falle der entsprechenden Mandatsträger Grenzen gesetzt. Die bloße Feststellung einer entsprechenden Position laut Katalog wiederum ist sinnvollerweise nicht durch den BStU möglich, da dort (meines Wissens) nicht Buch darüber geführt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentations veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<p>Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes - Verlängerung der Abgeordnetenüberprüfung im Einklang mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/858 - und Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit (Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten - ThürAbgÜpG -) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/936 -</p>											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Stiftung Ettersberg</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Stiftung Ettersberg Jenaer Straße 4 99425 Weimar</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Stiftung Ettersberg	Geschäfts- oder Dienstadresse	Stiftung Ettersberg Jenaer Straße 4 99425 Weimar	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
		Stiftung Ettersberg									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Stiftung Ettersberg Jenaer Straße 4 99425 Weimar									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</p>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Vorstandsvorsitzender der Stiftung Effenberg	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	1. Die Überprüfung sollte unabhängig von vorangegangenen Überprüfungen erfolgen. 2. Neben ihrer Tätigkeit für das IfS sollten auch eine "fachliche Weisungsbefugnis" gegenüber dem IfS überprüft werden. 3. Die Kommission zur Überprüfung sollte externe Expertise hinzuziehen und mit einfacher Mehrheit entscheiden. 4. Auf ein Feststellen eines "Beschuldungslandtags" sollte verzichtet werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Witzmar, 14.08.20	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.



STIFTUNG ETTERSBERG

Europäische Diktaturforschung
Aufarbeitung der SED-Diktatur
Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße

STIFTUNG ETTERSBERG
Jenaer Straße 4 | 99425 Weimar

STIFTUNG ETTERSBERG | Jenaer Straße 4 | 99425 Weimar
Thüringer Landtag
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

T +49 (0)3643 4975-0
F +49 (0)3643 4975-22

weimar@stiftung-ettersberg.de
www.stiftung-ettersberg.de

Weimar, 14. September 2020

Stellungnahme des Vorsitzenden der Stiftung Ettersberg zum Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten (ThürAbgÜpG)

Der *Geschichtsverbund Thüringen – Arbeitsgemeinschaft zur Aufarbeitung der SED-Diktatur* hat zu der geplanten Neufassung des Thüringer Abgeordnetengesetzes Stellung genommen. Die Stiftung Ettersberg ist Mitglied des *Geschichtsverbundes Thüringen* und unterstützt dessen Stellungnahme in vollem Umfang. An dieser Stelle möchte ich einige Aspekte dieser Stellungnahme unterstreichen und ergänzen.

1. Anlass der Überprüfung

Der Gesetzentwurf der Regierungsfractionen sieht vor, dass eine erneute Überprüfung von Abgeordneten nur erfolgen sollte, wenn neue Anhaltspunkte vorliegen. Das Vorliegen neuer Anhaltspunkte für eine Tätigkeit für das MfS/AfNS kann allerdings nicht Voraussetzung für eine Überprüfung sein, da diese neuen Anhaltspunkte in der Regel erst durch eine Überprüfung gewonnen werden. Es sollten deshalb grundsätzlich alle Abgeordnete des Thüringer Landtags in jeder Legislaturperiode einer Überprüfung unterzogen werden, unabhängig von vorangegangenen Überprüfungen.

2. Reichweite der Überprüfung

Nach dem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion soll sich die Überprüfung der Abgeordneten nicht nur auf eine Tätigkeit für das MfS/AfNS sowie für das Arbeitsgebiet 1 der Kriminalpolizei erstrecken, sondern auch auf Personen, die diesem Personenkreis rechtlich und faktisch



weisungsgebunden waren. Der Gesetzentwurf der Regierungskoalition beschränkt sich auf eine Überprüfung hinsichtlich einer Tätigkeit für das MfS/AfNS sowie das Arbeitsgebiet 1 der Kriminalpolizei. Bislang hat sich die öffentliche Aufarbeitung der SED-Diktatur stark auf die Tätigkeit des MfS fokussiert. Allein die Tätigkeit für das MfS sagt allerdings noch nichts darüber aus, inwieweit eine Person sich Menschenrechtsverletzungen hat zuschulden kommen lassen. Hohe Funktionäre des Staates und der SED hatten ebenso die Möglichkeiten, Menschen zu unterdrücken und zu drangsalieren, und haben dies auch getan. Die neue Fassung des Stasiunterlagengesetzes (StUG) spricht in diesem Zusammenhang von einer „faktischen Weisungsbefugnis“ gegenüber dem MfS und meint damit höhere Funktionäre der SED sowie die Leiter der SED-Kreisleitungen. Eine Ausweitung der Überprüfung auf diesen Personenkreis würde dem Stand der geschichtswissenschaftlichen Forschung gerecht und auch zu einer Differenzierung von Täterschaft in der SED-Diktatur beitragen.

3. Kommission zur Überprüfung

Beide Gesetzentwürfe sehen die Bildung einer Kommission vor, welche die Überprüfung der Landtagsabgeordneten vornehmen soll. In beiden Gesetzentwürfen setzt sich die Kommission aus Mitgliedern des Landtages zusammen. In der Stellungnahme des Thüringer Geschichtsverbundes wird eine Kommission aus Externen angeregt, die ihre Ergebnisse dem Landtagspräsidenten vorlegt. Dies würde die Unabhängigkeit der Überprüfung gewährleisten. Wenn auf eine externe Überprüfung verzichtet wird, so sollte sich die Kommission des Landtages wenigstens zur Hälfte aus externen Expertinnen und Experten zusammensetzen. In einer solchen gemischt zusammengesetzten Kommission sollten die Externen die gleichen Rechte haben wie die Abgeordneten, also auch stimmberechtigt sein. Auf diese Weise würde die Gesellschaft an der Überprüfung beteiligt und das Ergebnis fände eine breitere Anerkennung in der Bevölkerung.

Der Gesetzentwurf der Regierungsfractionen sieht vor, dass die Kommission mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner stimmberechtigten Mitglieder einen Beschluss über die Belastung der überprüften Abgeordneten trifft. Diese Regelung sollte nicht übernommen werden, denn selbst wenn eine Mehrheit der Kommission einen Abgeordneten am Ende einer eingehenden Prüfung für belastet hielte, könnte eine Minderheit eine Unterrichtung des Landtages blockieren, sofern sie nur mehr als ein Drittel der Kommission hinter sich brächte. Eine derartige Blockade eines Mehrheitsbeschlusses ist demokratietheoretisch nicht zu begründen sowie den Opfern der SED-Diktatur und auch einer breiten Öffentlichkeit nicht zu vermitteln. Die Kommission sollte unbedingt mit einfacher Mehrheit ihrer Mitglieder entscheiden, da das Gesetz Aufklärung fördern möchte und nicht beschränken sollte.



STIFTUNG ETTERSBERG

Europäische Diktaturforschung
Aufarbeitung der SED-Diktatur
Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße

4. Ergebnis der Überprüfung

Das bisherige Abgeordnetenüberprüfungsgesetz sah vor, dass belastete Abgeordnete für *parlamentsunwürdig* erklärt werden. Nachdem das Landesverfassungsgericht jene ursprüngliche Regelung als verfassungswidrig erklärt hat, wonach Abgeordnete ihr Mandat verlieren, wenn sie für *parlamentsunwürdig* erklärt werden, war die *Parlamentsunwürdigkeit* ein bloßes Stigma, das Abgeordneten angeheftet wurde, ohne dass dies Folgen nach sich zog. Es ist zu begrüßen, dass beide Gesetzentwürfe auf eine Erklärung der Parlamentsunwürdigkeit verzichten. Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion sieht dennoch vor, dass die Überprüfungskommission im Falle einer Zusammenarbeit mit MfS/AfNS oder K1 am Ende mit Mehrheit feststellt, dass das betroffene Mitglied das Ansehen des Landtages belastet. In abgeschwächter Form wird also weiterhin zum Mittel der Stigmatisierung gegriffen, die am Ende aber folgenlos bleibt. Auf eine solche Regelung ist aus grundsätzlichen Erwägungen zu verzichten. Da die Abgeordneten des Thüringer Landtages in freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt werden, hätte am Ende der Wähler mit seiner Wahlentscheidung das Ansehen des Landtages belastet. Auch ist nicht einsichtig, weshalb das Ansehen des Landtags als Ganzes durch ein in der Vergangenheit liegendes Verhalten eines seiner Mitglieder belastet wird. Vielmehr wird in erster Linie die Partei, die diese Person zur Wahl aufgestellt hat, und die Fraktion, der diese Person angehört, in ihrem Ansehen belastet. Solche Fragen sollten aber letztlich der politischen Debatte im Plenum des Landtages vorbehalten sein und nicht vorab von einem Gremium festgelegt werden.

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTd bearbeitet.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes - Verlängerung der Abgeordnetenüberprüfung im Einklang mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/858 - und Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit (Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten - ThürAbgÜpG -) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/936 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur</td> <td style="padding: 5px;">Bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Kronenstraße 5</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">10117 Berlin</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	Bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Kronenstraße 5	Postleitzahl, Ort	10117 Berlin
Name	Organisationsform										
Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	Bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Kronenstraße 5										
Postleitzahl, Ort	10117 Berlin										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Aufarbeitung SED-Diktatur und deren Folgen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, 11.9.20	

bundesstiftung zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur
Kronenstraße 5 · 10117 Berlin
Tel. 030/319895-0 · Fax 030/319895-210

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

Stellungnahme

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Stellungnahme zum Thüringer Abgeordnetenüberprüfungsgesetz (ThürAbgÜpG)

Vorbemerkung:

Entsprechend dem Stasiunterlagengesetz (StUG) § 20 Absatz 1 Ziffer 6 lit. b in der Fassung vom 15.11.2019 können Abgeordnete bis zum 31.12.2030 auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst überprüft werden.

Die vorliegenden Entwürfe der CDU (DS 7/858) sowie von Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen (DS 7/936) befürworten die Überprüfungen von gewählten Mitgliedern des Thüringer Landtages.

Die grundsätzliche Bereitschaft in beiden Gesetzesentwürfen, die Überprüfung auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst fortzuführen, wird ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Die im Gesetzesentwurf der CDU darüber hinausgehende Ausdehnung auf Personen, die „rechtlich oder faktisch weisungsbefugt“ gegenüber hauptamtlich oder inoffiziell Tätigen bei der Staatssicherheit oder K1 der Volkspolizei waren, stellt zudem eine wünschenswerte Erweiterung der Überprüfungen dar. Mit der Ausweitung der Überprüfungen wird den tatsächlichen Macht- und Anweisungsstrukturen in der SED-Diktatur Rechnung getragen, denn die Staatssicherheit war „Schild und Schwert“ der herrschenden Staatspartei SED und führte deren Anweisungen aus.

In Bezug auf die zu überprüfenden Personen wird empfohlen entsprechend den bisherigen Regelungen all jene, die 1990 das 18. Lebensjahr vollendet hatten, also ab Geburtsjahr 1972 in die Überprüfungen einzubeziehen.

Für die Durchführung der Überprüfungen wird in den aktuellen Entwürfen vorgeschlagen, eine Kommission bestehend aus Vertretern der Fraktionen unter dem Vorsitz des Landtagspräsidenten/der Präsidentin einzurichten (§ 42 (3)). Sollten die Überprüfungen erfolgen, wenn die Abgeordneten bereits gewählt sind, wird abweichend zu den Vorschlägen in den Gesetzesentwürfen empfohlen, eine Kommission einzurichten, die aus unabhängigen Experten und Persönlichkeiten besteht. Diese würde jeweils zu Beginn einer Legislatur berufen und würde dem/der Präsidentin des Landtages nach erfolgter Überprüfung eine Empfehlung zum Umgang mit den betreffenden Abgeordneten übermitteln.

Alternative: Abweichend zu den vorgelegten Entwürfen wird empfohlen, die Überprüfungen nicht erst nach der erfolgten Wahl in den Landtag vorzunehmen, sondern bereits bei der Aufstellung der Kandidatenlisten diese Überprüfungen durchzuführen: Die Wähler sollten vor ihrer Stimmabgabe wissen können, wem sie ihre Stimme geben. In Bezug auf die zur Wahl stehenden Personen sollten die Wählerinnen und Wähler vor ihrer Stimmabgabe für die jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten wissen, um wen es sich mit welchem Hintergrund jeweils handelt (§ 43 (1)). Damit würde

auch die Frage der „Parlamentswürdigkeit“ in die Hände der Wähler gelegt, die mit der nötigen Information bereits vor der Stimmabgabe wissen und mit diesem Wissen entscheiden, wem sie ihre Stimme geben. Damit wäre auch die Anmerkung im Gesetzesentwurf von Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen hinfällig, die sich gegen eine Feststellung der Unwürdigkeit wendet und dies damit begründet, dass die „Menschen Thüringens durch ihre Wahl“ bereits darüber entschieden haben, wer parlamentswürdig ist – was sie nach dem jetzigen Verfahren jedoch auf der Grundlage nicht vollständiger Informationen machen.

Hierzu müsste § 37 der Thüringer Landeswahlordnung um die Formulierung „sowie eine Versicherung an Eides Statt gegenüber dem Landeswahlleiter, dass sie nicht als hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) verpflichtet waren“ ergänzt werden.

Anmerkung zur Stelle, die zur Überprüfung auf eine Tätigkeit sowie zur Übermittlung von Unterlagen angefragt werden soll: In den Gesetzesentwürfen wird jeweils der „Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“ als auskunftertellende Stelle angeführt. Angesichts der anstehenden Überführung der Behörde des BStU in das Bundesarchiv wird empfohlen, hier eine Formulierung zu wählen, die keine erneute Änderungen des Abgeordnetenüberprüfungsgesetzes erforderlich macht, wenn die BStU de facto nicht mehr existiert und der Bundesbeauftragte damit nicht mehr für die Überprüfungen angefragt werden kann.

Zu den Fragen im Einzelnen:

Zu 1: Sollte eine verpflichtende Überprüfung aller Abgeordneten des Thüringer Landtages auf eine Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit durchgeführt werden?

Antwort: Ja.

Begründung: Jedoch wird vorgeschlagen, diese Überprüfung bereits bei der Aufstellung der Kandidatenlisten vorzunehmen, denn die Wähler haben ein Recht zu erfahren, wer sie mit welchem Hintergrund im Landesparlament vertreten wird. Sie sollten auf der Grundlage umfassender Informationen ihre Wahlentscheidung treffen können und nicht erst im Nachhinein erfahren, wen sie gewählt haben. Hinzu kommt, dass für diejenigen, die ihre Rehabilitierung beantragen und die „Opferrente“ oder Entschädigungszahlungen beantragen oder für eine Ordensehrung vorgesehen sind, die Überprüfungen obligatorisch sind. Es ist geboten, hier insbesondere Opfer und Betroffene politischer Verfolgung nicht schlechter zu stellen als ehemalige Angehörige und Mitarbeiter der wichtigsten Repressionsinstitution der SED-Diktatur – dem MfS.

Zu 2: Welcher der beiden vorliegenden Entwürfe wird dem Willen einer entschlossenen Aufarbeitung der SED-Diktatur am weitgehendsten gerecht?

Antwort: Beide Entwürfe befürworten die weiteren Überprüfungen, allerdings ist der CDU-Entwurf weitergehend, da nicht mehr nur die „Ausführenden“, sondern auch jene, die die politische und rechtliche Anweisungsbefugnis hatten, mit in den Blick genommen werden.

Zu 3: Unterschiedliche Befristungen:

Antwort: Es sollten nicht nur die letzten zehn Jahre vor 1990 betrachtet werden, wie der Gesetzesentwurf von Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen dies vorsieht, sondern die gesamte Zeit einer möglichen Tätigkeit für das MfS oder als zu Anweisungen befugtes Mitglied der SED. Würde nur die Zeit ab 1980 betrachtet werden, würden möglicherweise über Jahrzehnte dauernde Tätigkeiten für das MfS nicht erfasst werden. Die Wählerinnen und Wähler sollten jedoch wissen, ob Kandidaten, denen sie ihre Stimme geben wollen, für einen menschenverachtenden Dienst gearbeitet haben oder nicht und wie lange diese Tätigkeit insgesamt währte.

Zu 4: Erneute Überprüfungen

Antwort: Ja, diese sind sinnvoll, da immer wieder neue Unterlagen erschlossen oder aus den vorvernichteten Unterlagen rekonstruiert werden und somit neue Erkenntnisse vorliegen können.

Zu 5: Ausweitung der Überprüfungen auf Personen, die dem MfS faktisch oder rechtlich weisungsbefugt waren.

Antwort: Diese Ausweitung ist sinnvoll, da die Konzentration nur auf Mitarbeiter des MfS die Tatsache verschleierte, dass die Anweisungen von der SED kamen. Da die rechtliche und faktische Anweisungsbefugnis sich nur auf sehr hohe SED-Kader bezog, kann hierüber deutlich gemacht werden, wie die Befehlsstränge liefen und auch die Bewertung von Tätigkeiten für das MfS differenzierter betrachtet werden.

Zu 6. Verzicht auf Veröffentlichung Feststellung der Belastung?

Antwort: Es gehört zur Transparenz, die Ergebnisse einer festgestellten Belastung öffentlich und transparent zu machen, damit die Wählerinnen und Wähler entweder wissen, wem sie ihre Stimme geben und als Vertreter/in ihrer Interessen im Landesparlament haben oder, wenn dies erst nach der Wahl erfolgt, wissen, wen sie gewählt haben.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;">Stiftung</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;">Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Genslerstr. 66</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">13055 Berlin</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Stiftung	Geschäfts- oder Dienstadresse	Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Genslerstr. 66	Postleitzahl, Ort	13055 Berlin
	Name	Organisationsform									
		Stiftung									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Genslerstr. 66									
Postleitzahl, Ort	13055 Berlin										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Den bundesgesetzlich vorgegebenen Rahmen sollte der Thüringer Landtag in vollem Umfang nutzen und durch eine Überprüfung der Abgeordneten bis Ende 2030 die Aufarbeitung der Geschichte des Unrechtsstaates DDR stärken. Sollte der Gesetzgeber den Beschluss fassen, für die Abgeordneten des Thüringer Landtags klären zu lassen, ob sie in der DDR gegenüber dem MfS oder dem AfNS rechtlich oder faktisch weisungsbefugt waren, so sind zunächst geeignete Voraussetzungen zu schaffen, um diese Frage fundiert beantworten zu können. Dazu könnte der Thüringer Landtag eine Enquetekommission oder eine Expertenrunde berufen, der Vertreterinnen und Vertreter der Opfer der SED-Diktatur, von Gedenkstätten und Aufarbeitungsinitiativen sowie der Wissenschaft angehören sollten.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, 24.09.2020	

Das Dokument wurde zum Zweck der ³Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Berlin, 9. September 2020

Stellungnahme

Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes – Verlängerung der Abgeordnetenüberprüfung im Einklang mit dem Stasi-Unterlagengesetz (Gesetzentwurf der CDU-Fraktion, Drucksache 7/858)

Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit (Drucksache 7/936)

Die Möglichkeit, in unserer freiheitlichen Demokratie parlamentarische Mandatsträger auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR überprüfen zu lassen, hatte große Bedeutung für den Aufbau demokratischer Strukturen in den Neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung Deutschlands. Dadurch wurden auch die Glaubwürdigkeit und die Integrität der Menschen hergestellt, die in der Bundesrepublik Deutschland auf gesamtstaatlicher Ebene oder in den Bundesländern in herausgehobenen Positionen in Politik und Gesellschaft tätig waren und sind.

Immer noch leiden sehr viele Bürgerinnen und Bürger unter den Folgen von willkürlichen Repressionen und Inhaftierungen, die sie in der SED-Diktatur erlitten haben. Zwischen 1990 und 2018 wurden 2.105.778 Erstanträge zur persönlichen Akteneinsicht in die MfS-Unterlagen von Bürgerinnen und Bürgern gestellt. Für die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen ist die Überprüfungsmöglichkeit von Abgeordneten ein wichtiges Instrument. Die Zahl der Anträge ist nach wie vor hoch: Seit 2014 wurden auf Grundlage des § 20 Absatz 1 Nummer 6 und des § 21 Absatz 1 Nummer 6 StUG jährlich zwischen 798 und 2.916 Überprüfungsanträge gestellt. Der

Schwerpunkt lag dabei auf Ersuchen zu Mitgliedern von Parlamenten und kommunalen Vertretungen (Bundestagsdrucksache 19/11329).

Es ist richtig und im Interesse der Opfer der SED-Diktatur, dass diese Gremien Transparenz über ihre Mitglieder schaffen. Auch zukünftig ist davon auszugehen, dass zahlreiche solcher Anträge gestellt werden, weil es ein starkes gesellschaftliches Bedürfnis gibt, Mandatsträger zu überprüfen.

Zudem erfolgen nach wie vor Mitteilungen über eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst – auch von Abgeordneten. Dass den Überprüfungen in unserer Gesellschaft und von den Opfern der SED-Diktatur eine große Bedeutung zugemessen wird, bringt auch der Bundesrat in seiner Entschließung zur Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze (Bundesratsdrucksache 743/17) sehr deutlich zum Ausdruck.

Der Deutsche Bundestag ermöglicht mit dem Neunten Gesetz zur Änderung des Stasi-Unterlagengesetzes (BGBl. I S. 1564) auch zukünftig eine Überprüfung von Abgeordneten auf eine hauptamtliche und inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) oder dem Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) bis zum 31. Dezember 2030. Grundlage hierfür sind die Bestimmungen des StUG, dessen sachgerechte Regelungen sich in den vergangenen Jahren in der Praxis bewährt haben.

Den bundesgesetzlich vorgegebenen Rahmen sollte der Thüringer Landtag in vollem Umfang nutzen und durch eine Überprüfung der Abgeordneten bis Ende 2030 die Aufarbeitung der Geschichte des Unrechtsstaates DDR stärken.

Die bis zu diesem Zeitpunkt neu gewählten Thüringer Landtage sollten entsprechend der Bestimmungen des StUG regelmäßig ihre Mandatsträger überprüfen lassen, weil durch die fortschreitende Erschließung der umfangreichen Bestände des Stasi-Unterlagen-Archivs immer wieder neue Erkenntnisse über die Funktionsweise des MfS in der SED-Diktatur gewonnen werden, die auch Rückschlüsse auf die Handlungsweise einzelner Personen erlauben.

Das MfS war die Geheimpolizei der SED und agierte als „Schild und Schwert“ dieser Partei in der DDR. Sollte der Gesetzgeber den Beschluss fassen, für die Abgeordneten des Thüringer Landtags klären zu lassen, ob sie in der DDR gegenüber dem MfS oder dem AfNS rechtlich oder faktisch weisungsbefugt waren, so sind zunächst geeignete Voraussetzungen zu schaffen, um diese Frage fundiert beantworten zu können. Dazu

könnte der Thüringer Landtag eine Enquetekommission oder eine Expertenrunde berufen, der Vertreterinnen und Vertreter der Opfer der SED-Diktatur, von Gedenkstätten und Aufarbeitungsinitiativen sowie der Wissenschaft angehören sollten. Die Aufgabe dieses Gremiums sollte darin bestehen, auf der Grundlage aktueller Ergebnisse der zeithistorischen Forschung zur Funktionsweise der SED-Diktatur sachgerechte Kriterien zu entwickeln, nach denen eine solche Überprüfung erfolgt, und Vorschläge zu erarbeiten, wie die Ergebnisse dieser Überprüfungen eingeordnet und bewertet werden können. Nach den derzeit geltenden Maßgaben muss der Antragsteller auch im Fall einer Tätigkeit für das MfS selbst entscheiden, welche Konsequenzen er aus einer positiven Information zieht. Für den neuen Tatbestand der Weisungsbefugnis gegenüber dem MfS oder dem AfNS gibt es bislang keine Präzedenz.

Es liegt im gesamtgesellschaftlichen Interesse, die Öffentlichkeit in angemessener Weise zu informieren, wenn Abgeordnete des Thüringer Landtags in den Repressionsapparaten der DDR mitgewirkt und welche Rolle sie dabei gespielt haben. Für eine funktionierende freiheitliche Demokratie ist es unerlässlich, dass es den Wählerinnen und Wähler in Thüringen ermöglicht wird, sich darüber selbst ein umfassendes und sachgemäßes Urteil bilden können.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale +											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Bürgerkomitee des Landes Thüringen</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Sommerauweg 27</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>98544 Zella-Mehlis</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Bürgerkomitee des Landes Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Sommerauweg 27	Postleitzahl, Ort	98544 Zella-Mehlis
	Name	Organisationsform									
	Bürgerkomitee des Landes Thüringen	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Sommerauweg 27									
Postleitzahl, Ort	98544 Zella-Mehlis										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen:

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteldokG in der Betelligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

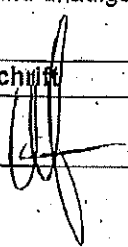
Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes - Verlängerung der Abgeordnetenüberprüfung im Einklang mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/858 - und Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit (Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten - ThürAbgÜpG -) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/936 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Dr. Peter Werschn</td> <td>Thüringer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>ThLA</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Jürgen-Fuchs-Str. 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Dr. Peter Werschn	Thüringer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	Geschäfts- oder Dienstadresse	ThLA	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jürgen-Fuchs-Str. 1	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
Name	Organisationsform										
Dr. Peter Werschn	Thüringer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur										
Geschäfts- oder Dienstadresse	ThLA										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jürgen-Fuchs-Str. 1										
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Thür. Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Es wird auf den Inhalt des schriftl. Stellungnahme verwiesen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 26.01.2020	



Dr. Peter Wurschi |

ThLA • Postfach 90.04 55 • 99107 Erfurt

Erfurt, 1. September 2020

Stellungnahme des Thüringer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (ThLA) zum Thüringer Abgeordneten-Überprüfungsgesetz (ThürAbgÜpG)

1. Grundsätzliches zur Überprüfung

Auf Ersuchen öffentlicher oder nicht öffentlicher Stellen teilt der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) mit, ob für Personen in gesellschaftlich und politisch herausgehobenen Positionen Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit vorliegen. Er bearbeitet außerdem Ersuche zu Rentenangelegenheiten, offenen Vermögensfragen, zu Ordensangelegenheiten, zur Strafverfolgung und Gefahrenabwehr sowie zur Rehabilitierung und Wiedergutmachung von Betroffenen des SED-Unrechts.

Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die eine leitende Funktion ausüben, können ab Vergütungs-/Besoldungsgruppe E/A 9 überprüft werden. Darüber hinaus ist für jeden im öffentlichen Dienst Beschäftigten eine Überprüfung, wenn Tatsachen den Verdacht einer Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst rechtfertigen. In diesen Fällen kommt es auf die Ausübung einer leitenden Funktion als grundsätzliche Zugangsvoraussetzung zu den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes nicht an.

Opfer der politischen Verfolgung in der SED-Diktatur, die eine strafrechtliche, verwaltungsrechtliche oder berufliche Rehabilitierung erhalten haben, sind nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen vor dem Erhalt von sozialen Ausgleichsleistungen auf Ausschlussgründe hin zu überprüfen. Soziale Ausgleichsleistungen nach diesen Gesetzen werden nicht gewährt, wenn der Berechtigte gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen oder in schwerwiegendem Maße seine Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer missbraucht hat. Hierzu zählt eine offizielle oder inoffizielle Mitarbeit beim MfS der ehemaligen DDR. Allein im

Bereich des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes wurden in Thüringen bisher 12.783 Betroffene auf diese Ausschließungsgründe hin überprüft.

Gesetze werden von Politiker*innen gemacht und verabschiedet. Es ist ihre Pflicht, sich mit den gleichen Maßstäben die sie den Opfern der politischen Verfolgung der SED-Diktatur per Gesetz auferlegen zu messen. Es gehört zur Demokratie dazu, transparent und offen miteinander umzugehen. Die Abgeordnetenüberprüfung dauerhaft auf eine Rechtsgrundlage zu stellen, stärkt das Vertrauen in den Rechtsstaat und zollt den Opfern der SED-Diktatur den nötigen Respekt. Auch in Anbetracht der Präambel der Thüringer Verfassung:

„In dem Bewusstsein (...) seiner wechselvollen Geschichte, der leidvollen Erfahrungen mit überstandenen Diktaturen und des Erfolges der friedlichen Veränderungen im Herbst 1989, in dem Willen, Freiheit und Würde des Einzelnen zu achten, (...)“

liegt eine Überprüfung der Abgeordneten dieses hohen Hauses nach dem Stasiunterlagengesetz auf der Hand.

Daher ist ausdrücklich der Wille der Fraktionen die Linke, der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und der CDU zu begrüßen, ein neues Thüringer Abgeordneten-Überprüfungsgesetz zu verabschieden. Die Nicht-Verlängerung des alten Gesetzes birgt dabei die Chance, die politischen Interpretationen der Überprüfung zu minimieren und einem Prozess zuzuführen, der die sachbezogene Aufklärung, die Information der Bevölkerung und Transparenz im Verfahren beherzigt.

2. Anlass der Überprüfung

Nach Annahme des Mandates sollten alle Mitglieder des Parlamentes unabhängig vorangegangener Überprüfungen überprüft werden. Neue Erkenntnisse ergeben sich zumeist auch nur aus der neuen Sichtung der Akten. Dazu sind alle Vor- und Familiennamen, die Personenkennzahl nach dem Recht der DDR und die Wohnanschriften vor dem 3.10.1990 mitzuteilen.

Die Überprüfung soll sich auf die jeweils aktuelle Fassung des Stasiunterlagengesetzes (StUG) beziehen. Es erscheint dringend geboten - im Sinne einer Überprüfung - die Landesgesetze und Bundesgesetze in Übereinstimmung zu bringen. Es muss vermieden werden, dass eine Situation entsteht, in der die Vorgaben des Landtages (Landesgesetz) eine Überprüfung einhegen, während z. B. Vertreter der Medien und Wissenschaft aufgrund der Vorgaben des StUG (Bundesgesetz) zu weiterführenden Erkenntnissen bei einem Verdachtsfall kommen.

Mit der Überprüfung auf Grundlage des StUG wird auch die in der Diskussion stehende „faktische Weisungsbefugnis“ eingepflegt. Diese ist im §6 des StUG mitberücksichtigt. In der Rechtskommentierung dazu heißt es, dass damit „höhere Funktionäre der SED wie Chefs der SED-Kreisleitung“ gemeint sind. Allerdings wurde auf dieser Rechtsgrundlage

in den Bundesländern, die diesen Passus im Gesetz haben (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt), noch keine Überprüfung vorgenommen.

Schon aus Überlegungen der Gesetzessystematik heraus, sollte die Abgeordnetenüberprüfung im Abgeordnetengesetz verankert sein. In diesem Gesetz sind die Rechte und Pflichten der Abgeordneten, als auch ihre Stellung im und zum Parlament, normiert. Dieser Gesetzes-Logik sind bereits die Bundesländer Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg bei der gleichgelagerten Problematik zur Regelung der Abgeordnetenüberprüfung gefolgt. Zudem erscheint die Änderung und Ergänzung eines bereits bestehenden Gesetzes sowohl zeitlich, als auch vom parlamentarischen Ablauf her eher vorteilhaft.

3. Fristen der Überprüfung

Überprüft werden sollten alle Personen, die am 15. Januar 1990 (dem Tag der Besetzung der Hauptverwaltung des MfS in Berlin) volljährig waren (geboren bis 15. Januar 1972). Mit dieser Frist entfallen auch alle anderen Befristungen bis 2025 oder 2030. Es ist nicht begründbar, dass beispielsweise ein im Jahre 2030 nach dem Eintritt in die Rente sich anschickender Neuabgeordneter (geboren 1963) nicht mehr überprüft wird. Immerhin hat auch er 27 Jahren in der DDR gelebt.

4. Form der Überprüfung und Öffentlichkeit

Die Überprüfung eines Verdachtsfalles sollte von einer Expertenkommission vorgenommen werden. Diese ist mit einfacher Mehrheit zu Beginn der Legislatur vom Landtag zu wählen und besteht aus Mitgliedern, die weder dem Landtag noch der Landesregierung angehören. Ihr Auftrag ist die Prüfung der durch das BStU zur Verfügung gestellten Unterlagen, unter Hinzunahme möglicherweise weiterer vorhandener Unterlagen und der persönlichen Stellungnahme der/des Betroffenen. Die Kommission berücksichtigt bei ihrer Überprüfung belastende und entlastende Aspekte und begründet ihr Ergebnis. Über die Feststellung der Kommission wird dann die/der Landtagspräsident/in unterrichtet. Das Resultat der Überprüfung ist anschließend im Landtag zu debattieren sowie in einer Parlamentsdrucksache zu veröffentlichen. Diese Transparenz und Offenlegung des Ergebnisses gehört zu einem gelingenden Aufarbeitungsprozess dazu.

Aufgrund der begründeten und einsehbaren Überprüfung können die Bürgerinnen und Bürger bei der nächsten freien Wahlen entscheiden, ob ein/e Abgeordnete/r den „Landtag belastet.“ Es obliegt nicht dem Parlament als Institution, das Wählervotum als solches zu hinterfragen. Gleichwohl ist es in der Parlamentsdebatte jeder/m Abgeordneten freigestellt, auf Grundlage der Überprüfungsergebnisse der/m Betroffenen die „Eignung für das Parlament“ abzusprechen, bzw. das Ansehen des Landtages durch die/den Betroffene/n „als belastet“ zu benennen.

Die eigentliche Aufgabe mit einem etwaigen Überprüfungsergebnis umzugehen, betrifft die Parteien. Sie haben die Möglichkeit durch Überprüfungen nach StUG im Vorfeld der Listenaufstellung Einfluss darauf zu nehmen, ob ehemalige Mitarbeiter*innen der Staatssicherheit auf entsprechende Listenplätze aufgestellt werden.

5. Zusammenfassung

Alle Abgeordneten sollten nach Antritt ihres Mandates regelmäßig auf eine Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit überprüft werden. Dies sollte für alle Parlamentarier*innen gelten, die zum 15. Januar 1990 volljährig waren. Die Überprüfung ist nach der jeweils aktuellen Fassung des StUG vorzunehmen, um Bundespraxis und Landespraxis nicht auseinander zu dividieren. Eine unterschiedliche Gesetzesgrundlage hinsichtlich der Überprüfung auf Landes- und Bundesebene birgt die Gefahr, dass Ergebnisse im Land nicht verwendet werden können, die aber sonst über das StUG zugänglich sind.

Die Überprüfung sollte eine unabhängige, vom Landtag gewählte Kommission von Experten im Auftrag der/des Landtagspräsidentin/en vornehmen. Zur Beurteilung sind die Unterlagen des BSTU und (so vorhanden) weitere Materialien sowie die persönliche Stellungnahme des/der Betroffenen zu verwenden. Das Ergebnis der Kommission ist in einer Parlamentsdrucksache zu veröffentlichen und im Plenum zu diskutieren. Die Bewertung des Vorgangs obliegt dann den Bürgerinnen und Bürgern des Freistaates.

Die Überprüfung der Abgeordneten sollte in das Abgeordnetengesetz eingepflegt werden. Dieses Gesetz stärkt die Glaubwürdigkeit des Parlaments als oberste Repräsentanz der Bevölkerung und ist ein nicht gering zu schätzender Beitrag zur Wiedergutmachung und Würdigung des Leids der Verfolgten der SED-Diktatur.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes - Verlängerung der Abgeordnetenüberprüfung im Einklang mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/858 - und Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit (Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten - ThürAbgÜpG -) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/936 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>												
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort			
	Name	Organisationsform											
	Geschäfts- oder Dienstadresse												
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)												
Postleitzahl, Ort													
Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>													
3.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name LÖWER</td> <td style="width: 50%;">Vorname WOLFGANG</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse </td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Straße, Hausnummer</td> <td style="width: 50%;"></td> </tr> </table> </td> </tr> </table>	Name LÖWER	Vorname WOLFGANG			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse		<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Straße, Hausnummer</td> <td style="width: 50%;"></td> </tr> </table>		Straße, Hausnummer	
	Name LÖWER	Vorname WOLFGANG											
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse												
<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>													
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Straße, Hausnummer</td> <td style="width: 50%;"></td> </tr> </table>		Straße, Hausnummer											
Straße, Hausnummer													

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	STAATSRECHTSLEHRER	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	DER GESETZENTWURF DRUCKF 7/858 IST IN DER SACHE VORZUGSWÜRDIG. DAS GILT AUCH FÜR DEN AUSSPRUCH D. PARLAMENTARISCHEN VERFAHRENS. DER VERZICHT AUF DIE ZWEIDRITTEL MEHRHEIT IST NICHT UNPROBLEMATISCH.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Bonn 1.10.20	

Das Dokument wurde zum Zweck³ der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

Stellungnahme
zu den Gesetzentwürfen
ZUR
Abgeordnetenüberprüfung
Drucks. 7/858 u. 7/936

I.

Beide Gesetzentwürfe verlängern befristet die Abgeordnetenüberprüfung bezüglich einer Zusammenarbeit (verkürzt gesagt) mit der Staatssicherheit.

Dem könnte man entgegenhalten, dass ein solches Verhalten, das 30 Jahre und länger zurückliegt, inzwischen nicht mehr untersucht werden dürfe, weil der Zeitablauf doch auch hier eine gewissermaßen heilende Wirkung haben müsse. Indes gibt es für eine solche Frage und Antwort keine vom parlamentarischen Gesetzgeber zu beachtende vorrangige Normen. Die Frage ist zuletzt etwa bei der Entziehung von Doktorgraden etc. versuchsweise erörtert worden mit dem Tenor, nach dreißig Jahren müsse doch Schluss sein mit Doktorgrad-Entziehungen. Die Idee ist von den Gerichten und den meisten Diskutanten zurückgewiesen worden. In der Tat enthalten z.B. die Vorschriften über die Aufhebung von Verwaltungsakten keine zeitlichen Anwendungssperren:

Der Entwurf 7/936 enthält allerdings – in Übereinstimmung mit dem bisher geltenden Recht – eine Art konditionierte Befristung: Wenn nämlich die Zusammenarbeit vor dem 1. Januar 1970 beendet gewesen ist, soll ein Überprüfungsverfahren nicht mehr stattfinden – es sei denn, die fragliche Person hätte bei

ihrer Tätigkeit Verbrechen begangen, gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen.

Die Zeitgrenze ist offenbar einer Entscheidung des Bundeverfassungsgerichts entlehnt (BVerfGE 96, 171 (189)). Es ging um die Frage, ob eine Stasi-Verstrickung, die vor 1970 zu konstatieren war, aber bis 1970 beendet war, als arbeitsrechtlicher Kündigungsgrund herangezogen werden konnte. 1970 ist danach also *materiell-rechtliche Zeitgrenze* für eine belastende Maßnahme, wobei das Urteil für besonders schwerwiegende Fälle auch wieder eine Ausnahme konzidiert. Hier geht es aber darum, ob das Jahr 1970 *verfahrensrechtlich als hindernde Zeitschwelle* wirken soll. Das geht wegen der möglichen schwerwiegenden Ausnahmen nicht.

Diese Regelung ist nicht folgerichtig, weil die Prüfung ihrer Einschränkung gerade ein Untersuchungsverfahren erforderlich macht. Zwar wird sich die erste Alternative - Verbrechen - vermutlich kraft Evidenz regelmäßig bejahen oder ausschließen lassen, für die Alternative eines Verstoßes gegen die Rechtsstaatlichkeit würde das nicht gelten können. Zusammenarbeit ja, aber kein Rechtsstaatsverstoß? Das lässt sich doch nur in einem Verfahren prüfen.

Es ist also eine politische Frage, ob ein solches Verfahren weiterhin durchgeführt werden soll. Nach wie vor darf der Landtag der Linie folgen, dass nicht ins Parlament gehört, „wer das eigene Volk bespitzelt oder unterdrückt hat, wer es hintergangen und betrogen hat oder wer dies zu verantworten hatte“.

Zitat des Abg. Wiefelspütz im Bundestag, vom BVerfG zustimmend zitiert: BVerfGE 94, 351, 367; dem zustimmen ThürVerfGH v. 17. Oktober 1997 – VerfGH 18/95 -, S. 17; v. 01.07.2009 – VerfGH 21/06 -, S. 15; w. Nachw. zur Verfassungsmäßigkeit solcher Abgeordnetenüberprüfung in dem Urteil des ThürVerfGH, v. 01.07.2009 – VerfGH 38/06 – S. 13

Da Täter-Opfer-Relationen auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung noch bestehen, ist die weitere Zusammenarbeits-Überprüfung politisch hoch plausibel. Das sehen beide Gesetzentwürfe offenbar gleichsinnig.

Es ist auch richtig, dass sämtliche Abgeordnete sich der Prüfung stellen müssen und nicht eine Ausnahme für solche Abgeordnete gemacht wird, die bereits überprüft worden sind. Da die Dynamik der Aufarbeitung der Vergangenheit zu immer neuen Funden führen kann, sollte die Überprüfung in jeder Wahlperiode alle Abgeordneten erfassen.

II.

Die Entwürfe unterscheiden sich allerdings in der Geltungsdauer. Der Entwurf 7/858 befristet die Geltung auf das Jahr 2030, der Entwurf 7/936 limitiert die Geltung auf den Ablauf der 8. Legislaturperiode. Von der reinen Dauer her unterscheiden sich beide Entwürfe nicht substantiell, wenn man unbesehen auf die Legislaturperiode abstellt. Die 7. WP hat am 23. November begonnen, die 8. WP endet also etwa im November 2029 (Art. 50 Abs. 1 S. 1 ThürLV). Allerdings beinhaltet diese Anknüpfung gewissermaßen einen Hoffnungswert, dass nämlich jede Wahlperiode auch ihre ihr verfassungsrechtlich zugemessene Wahlzeit ausfüllen wird. Das ist aber nicht gewährleistet. Die 7. Und die 8. WP könnten auch, von heute aus betrachtet, in einem einzigen Jahr vorbei sein. Die Geltungsdauer eines Gesetzes an Wahlperioden zu knüpfen ist keine empfehlenswerte Gesetzgebungstechnik.

Hingegen ist es plausibel, weil wertungsparallel, die Geltungsdauer wie die des Stasi-Unterlagen-Gesetzes zu bestimmen.

III.

Die Gesetzentwürfe unterscheiden sich formal:

1. Der Regelungsort wird unterschiedlich gewählt: Der Entwurf 7/858 will das Thüringer Abgeordnetengesetz um die Überprüfungsregeln ergänzen, der Entwurf 7/936 sieht ein spezielles Gesetz vor. Für beide Lösungen gibt es Gründe: Dem systematischen Zusammenhang nach wird hier Statusrecht für Abgeordnete des Landtages geregelt, was dafür spricht, die Regelung in das Statusrecht (also das Abgeordnetengesetz) aufzunehmen. Andererseits: Es geht um bloß transitorisches Recht, was durch die spezialgesetzliche Regelung betont würde.

2. Zu dem Gesetzentwurf 7/858 erlaube ich mir den Hinweis, dass die Vorschriften stärker nach Absätzen gegliedert werden sollten. Abs. 4 besteht, wenn ich richtig gezählt habe, aus 11 Sätzen.

IV.

Der sachliche Geltungsbereich wird nicht völlig deckungsgleich definiert. Neben MfS, AfNS und K 1 treten im Entwurf 7/858 noch solche Personen, die rechtlich oder faktisch gegenüber den Genannten weisungsbefugt waren. Diese Erweiterung ist zunächst sachgerecht, weil damit neben die Weisungsempfänger auch die Weisungsgeber in den Blick treten, die nicht in die Hierarchie der genannten Organisationen eingegliedert waren, aber wirksam deren Aktionen steuern konnten. Die Erweiterung zielt auf Personen, die für das AfNS und K1 politische Verantwortung getragen haben,

S. nochmals das vom BVerfG übernommene Wiefelspütz-Zitat a.a.O.: „... oder *gar politische Verantwortung für die Stasi* läßt sich grundsätzlich nicht mit einer Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag vereinbaren.“

eine Verantwortung, die sich gerade an der Weisungsbefugnis festmachen lässt. Wenn sich solche Vorgänge in den Akten tatsächlich finden lassen, ist die Erweiterung des Personenkreises folgerichtig.

V.

1. Der Entwurf 7/936 will auf die Feststellung der Parlamentsunwürdigkeit nach Würdigung der eventuellen Falltatsachen verzichten. Er hält einen solchen Ausspruch für „unsachgemäß“; „unsachgemäß“ ist danach auch ein „sonstiges, *ähnlich unsachliches*“ Urteil durch eine parlamentarische Mehrheit. Dem fügt die Begründung nach an: „Die verfassungsrechtlichen Grundsätze des Freistaats Thüringen (,) garantieren, dass der Souverän durch seine Stimmabgabe eine solche Wertung vornimmt.“

Drucks. 7/936 S. 7

Die Feststellung der Parlamentsunwürdigkeit ist indes nicht eine per se illegitime, *unsachliche* Entscheidung. Die Begründung erkennt Funktion und Bedeutung des Ausspruchs.

Es geht um die Legitimität der Mandatsausübung durch einen Abgeordneten, der legal in das Parlament gewählt worden ist, was dem Abgeordneten regelmäßig auch Legitimität verschafft. Legalität garantiert aber – ausnahmsweise –

Den Ausnahmecharakter einer Kollegialenquête, mit der über die Wahlprüfung hinaus die Legitimität seiner Mitglieder in Zweifel gezogen wird, hat das Bundesverfassungsgericht in der zweiten Gysi-Entscheidung ausdrücklich betont, s. BVerfGE 99, 19 (34). -

nicht zugleich in jedem Fall auch Legitimität, wie die oben wiedergegebene Begründung unterstellt. Die Wähler können mit ihrer Wahlentscheidung, die von Art, Ausmaß und Umständen einer etwaigen Stasi -Verstrickung keine zuverlässige Kenntnis haben können, nicht für alle Fälle auch die Legitimität der Mandatsausübung approbieren. Wir würden bei der Wahl eines bis dahin nicht verurteilten Straftäters auch nicht einwenden, ein Mandatsverlust des später Verurteilten (darum geht es hier nicht) verstoße gegen die Legitimationsspende der Wähler, weil sie den Abgeordneten doch für würdig gehalten hätten.

Was mit dem Begriff der „Parlamentsunwürdigkeit“ gemeint ist, hat das Bundesverfassungsgericht in seiner bereits zitierten ersten Gysi-Entscheidung klargestellt.

„Zwar zielt die Überprüfung möglicher Kontakte zum Ministerium für Staatssicherheit nicht auf den Verlust des Abgeordnetenmandats. Das Überprüfungsverfahren beruht aber auf der Prämisse, daß die frühere Tätigkeit eines Abgeordneten für die Staatssicherheit diesem die Legitimität nehme, Abgeordneter des Deutschen Bundestages zu sein. Damit wird nicht seine Ehre im Sinne eines personalen Rechtsguts in Frage gestellt, sondern seine ‚Würdigkeit‘, das Volk im Parlament zu vertreten. Das belegt der in der parlamentarischen Debatte (...) wiederholt betonte Zweck des Verfahrens, zur ‚Selbstreinigung‘ des Parlaments beizutragen.“
(BVerfGE 94, 351 (366 f.))

„Parlamentsunwürdigkeit“ ist Antwort auf die Legitimitätsfrage, die der parlamentarische Gesetzgeber im Blick auf die Stasi-Verstrickungen (als Sammelbezeichnung) stellt. Das Bundesverfassungsgericht hat genau dies in seiner Schlussfolgerung angenommen: Das Untersuchungsverfahren könne „in der Sache zu dem Verdikt führen, daß der betroffene Abgeordnete politisch unwürdig sei, dem Parlament anzugehören.“

BVerfGE 94, 351 (367)

Dem folgt der ThürVerfGH ausdrücklich: „An der Zulässigkeit eines solchen Verdikts ‚in der Sache‘ hat es (i.e. das Bundesverfassungsgericht) keine Bedenken geäußert. Dieser Betrachtungsweise schließt sich der Thüringer Verfassungsgeschichtshof an.“

ThürVerfGH, v. 01.07.2009 – VerfGH 38/06 -, S. 20 f.; zust. Joachim Linck, in: Linck/Baldus/Lindner/Poppenhäger/Ruffert (Hrsg.), Die Verfassung des Freistaats Thüringen, 2013, Art. 53 Rn. 16

Der Verfassungsgerichtshof hält das Ergebnis eines solchen Verfahrens, offenkundig nicht für „unsachlich“, weil das Gericht, wenn es den Vorwurf für begründet gehalten hätte, notwendig eine Verletzung des Abgeordnetenstatus festgestellt hätte.

2. Der Entwurf 7/858 spricht auch nicht mehr von der ‚Parlamentsunwürdigkeit‘. In Art. 1 §42i Abs. 6 S. 1 Hs. 1 soll jetzt der Ausspruch des mit der Sachverhaltsklärung betrauten Ausschusses lauten, es werde festgestellt, „dass das betroffene Mitglied das Ansehen des Landtages belastet“.

Dieser Vorschlag ist nach meinem Dafürhalten begrifflich weniger gelungen, als den Terminus der ‚Parlamentsunwürdigkeit‘ zu verwenden.. Der Vorschlag von der Ansehensbelastung ist mir zu alltagssprachlich, weil das Phänomen der Ansehensbelastung vielfältig vorkommt (ohne es zum Gegenstand eines Rechtsverfahrens zu machen). Hingegen hat die Parlamentsunwürdigkeit in diesem Zusammenhang einen festen Zuweisungsgehalt, der auch verfassungsgeschichtlich in Umbruchsituationen schon mehrfach belegt ist. Bedeutsam ist, dass die Feststellung, ein Abgeordneter beschädige das Ansehen des Landtages, wie ein personaler Vorwurf klingt, während das Bundesverfassungsgericht doch, wie oben zitiert, gerade gesagt hat, seine Ehre als personales Rechtsgut werde durch den legitimitätsbezogenen Ausspruch der Parlamentsunwürdigkeit nicht in Frage gestellt.

VI.

Was die Verfahrensvorschriften betrifft, orientieren sich beide Entwürfe an der bereits zitierten Leitentscheidung des ThürVerfGH, so dass darin keine Risiken stecken.

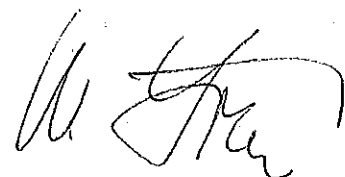
Es gibt allerdings einen Punkt, der bedacht sein will. Der Entwurf 7/858 verzichtet für die Schlussentscheidung des Ausschusses auf eine Zweidrittelmehrheit. Es soll die einfache Stimmenmehrheit genügen. Nun ist an sich in einem demokratischen Entscheidungsverfahren nicht begründungsbedürftig, dass für eine Sachentscheidung schlicht das Mehrheitsprinzip gilt.

Allerdings ist hier beachtlich, dass der ThürVerfGH in seiner Leitentscheidung der Zweidrittelmehrheit eine verfassungsrechtliche Funktion zugemessen hat: „Das Erfordernis einer Zweidrittelmehrheit stellt sicher, dass belastende Entscheidungen in der Regel eine Fraktion übergreifen und die Opposition mit einbezogen ist.“

ThürVerfGH v. 01.07.2006 VerfGH 38/06 -, S. 16

Auch bei einfacher Mehrheit wird in der Realität des Landtagsparlamentarismus eine Fraktion die Mehrheit nicht mehr alleine stellen. Nichtkoalitionäre Verhältnisse sind kaum noch vorstellbar. Die Opposition wird allerdings bei einfacher Mehrheit häufig nicht an der Entscheidung stimmerheblich beteiligt sein. Möglicherweise darf man das Zweidrittelanfordernis trotzdem fallen lassen, weil nicht mehr alle Parteien im Landtag als koalitionsfähig gelten.

Bonn, am 20. September 2020



Prof. Dr. Wolfgang Löwer

Anlage 4

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentations veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes - Verlängerung der Abgeordnetenüberprüfung im Einklang mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/858 und Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf eine hauptamtliche oder hauptberufliche Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit (Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten - ThürAbgÜpG -) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/938	
1. Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
Name	Organisationsform
Bund der in der DDR Zwangsausgesiedelten e. V. (BdZ)	gemeinnütziger Verein
Geschäfts- oder Dienstadresse	
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
Langewiesener Str. 6	
Postleitzahl, Ort	
98693 Ilmenau	
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
Name	Vorname
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
Straße, Hausnummer	

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Als Präsidentin, gewählt am 13.09.2008, verrete ich die Interessen der Mitglieder des BdZ. Ziele: gesellschaftliche Anerkennung als SED-Opfer, Rehabilitation und angemessene Ent-	
	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <i>Schädigung</i>	
4.	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <i>sowohl als auch</i> <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	• Mit Hilfe der Gesetzentwürfe wird der Finger in die gleiche Wunde gelegt - eine gesetzliche Grundlage für die weitere Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags • Eine Fortführung der Abgeordnetenprüfung wird begrüßt; dadurch werden die Integrität sowie die Vertrauenswürdigkeit des Parlaments gewahrt und dient darüber hinaus der weiteren Aufarbeitung des <i>DDR-Unrechts-system</i>	
5.	Würden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt 18.09.2020	

Bund der in der DDR Zwangsausgesiedelten e.V.

Die Präsidentin

Langewiesener Str. 6
98693 Ilmenau

THÜR. LANDTAG POST
21.09.2020 12:08

22.10.2020

Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes – Verlängerung der Abgeordnetenüberprüfung im Einklang mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drucksache 7/858

und

Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit (Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten – ThürAbgÜpG-)
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 7/936

- Mündliche Anhörung in öffentlicher Sitzung vor dem Ausschuss für Europa, Kultur und Medien des Thüringer Landtages am 25. September 2020 im Thüringer Landtag, Plenarsaal

Werte Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren,

als Präsidentin des Bundes der in der DDR Zwangsausgesiedelten e.V. (BdZ) habe ich zunächst das Bedürfnis, dem Ausschuss für Europa, Kultur und Medien des Thüringer Landtages für die Initiative zu dieser Anhörung zu danken. Ebenso sehr dankbar bin ich, dass es durch die Fraktion der CDU sowie der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu diesen beiden Gesetzentwürfen gekommen ist.

Sachverständige, Vertreter eines Vereins/Verbandes oder Institution werden mit ihrer heutigen Stellungnahme deutlich machen, dass das Thema nach wie vor mit großen Emotionen verbunden ist. Dennoch hoffe ich, dass auf der Basis der Erkenntnisse aus dieser Anhörung es zu einem breiten Konsens kommen wird.

Da mit dem Ende der 6. Wahlperiode das bisherige Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten und damit die Überprüfung der Mitglieder des Thüringer Landtags auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS/AFNS oder des Arbeitsgebiets 1 der Kriminalpolizei ausgelaufen ist, fehlt es seit diesem Zeitpunkt in Thüringen an einer entsprechenden Rechtsgrundlage. Seit der letzten Wahl des Thüringer Landtages am 27. Oktober 2019 ist fast ein Jahr vergangen, so dass aufgrund der zeitlichen Schiene sicherlich nicht nur der BdZ auf die Eilbedürftigkeit für ein neues Gesetz hinweist.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ So lautet aus gutem Grund der Artikel 1, Absatz 1 unseres Grundgesetzes. Durch diese exponierte Stellung des Bekenntnisses zur Menschenwürde wird deutlich, dass auf diesem geschützten Rechtsgut letztendlich alle anderen Grundrechtsbestimmungen unserer demokratischen, offenen und freiheitlichen Gesellschaft beruhen.

Die Würde des Menschen spielte auch für die Stasi eine wichtige Rolle. Menschen in ihrer Würde zu verletzen, war fester Bestandteil des Vorgehens der Staatssicherheit. Für die Machterhaltung der SED sowie der Existenz des von ihr kontrollierten Staates, praktizierte die Stasi Methoden, die grundsätzlich eine Missachtung der Menschenrechte bedingten, denn sie zielten darauf ab, Menschen zu verfolgen, einzuschüchtern, zu manipulieren und zu brechen. Auf ihrer Tagesordnung stand nicht nur die Unterdrückung Andersdenkender, auch „vermeintliche Gegner“ waren ebenso Objekt willkürlichen Handelns. Anstatt den Menschen den notwendigen Schutz zu gewähren, war der Staat selbst die Quelle des begangenen Unrechts. Man schreckte in letzter Konsequenz noch nicht einmal vor Verbrechen gegen die Menschlichkeit zurück. Dabei haben sich sowohl der Staat als auch das MfS noch beim Überschreiten der Grenze ethischen Verhaltens im Recht geglaubt.

Neben Gefängnissen und der Berliner-Mauer kamen mannigfaltige Willkürmaßnahmen zum Einsatz. Dazu gehören als brutalste Maßnahmen im Zuge der Grenzsicherung durch das SED-Regime die beiden stabsmäßig durchgeführten Zwangsaussiedlungsaktionen.

Sie erfolgten unter Decknamen, vorgegeben durch das Ministerium für Staatssicherheit. Die erste Aktion am 5. Juni 1952 „Ungeziefer“ zu nennen und verschiedene Bezeichnungen für die zweite Aktion am 3. Oktober 1961 (z.B. „Festigung“, „Frische Luft“ oder auch „Kornblume“) gewählt zu haben, bedingen eine Verhöhnung der Zwangsausgesiedelten!

Durch dieses staatlich organisierte Verbrechen wurden ca. 12.000 Menschen zwangsausgesiedelt, deportiert in das Landesinnere der DDR.

Anhand von polizeilichen Listen wurden die Personen nicht willkürlich ausgewählt, menschenunwürdig mit Lastwagen/Güterzügen an entlegene Orte abtransportiert, in den zugewiesenen Wohnorten notdürftig untergebracht; diesen Bestimmungsort erfuhren die Opfer erst bei Ankunft. Durch diese gnadenlose Entwurzelung nahm man ihnen jegliche Hoffnung auf eine gesicherte Zukunft. Aufgrund dieser Tragödie und brutalen Vorgehensweise suchten nicht wenige Zwangsausgesiedelte noch in der Heimat den Freitod; auch am zugewiesenen Ort sahen darin noch einige Opfer den einzigen Ausweg.

Als Präsidentin des BdZ teile ich das Schicksal dieser SED-Opfergruppe, die man auf unwürdige Weise, aufgrund politischer Missliebigkeit und Denunziation, ihrer Heimat, ihren Wurzeln und Familien beraubte. Die bereits vergangene Zeit hat bis heute nicht dazu beigetragen, dass erlittene Leid zu mildern. Aber wie erlebt und geht gerade ein Kind mit so einem Schicksal um, vor allem wenn es beschämt wird – es lernt, sich schuldig zu fühlen und wenn es verspottet wird – es lernt, schüchtern zu sein! Ich war 10 Jahre alt, als ich beschämt und verspottet wurde! Ich habe am Morgen des 03. Oktober 1961 um halb sieben Uhr mein Zuhause, meine Freunde, mein damals geführtes Leben verloren, weil meine Eltern bespitzelt und denunziert worden sind.

Bei meinen Erinnerungen an diesen Schicksalstag unserer Familie denke ich an den Kindergottesdienst, den ich mit meinem 7-Jahre alten Bruder vor Beginn der Schule besuchte. Wir wollten im Anschluss unsere Schultasche von zu Hause holen und zur Schule gehen. Doch leider kam es anders. Der Anblick der Lastkraftwagen vor unserem Elternhaus ließ uns verstummen und nahm uns von einem Moment zum anderen unsere kindliche Unbeschwertheit, erst recht als wir das Haus betraten. Wir sahen viele fremde Menschen und unsere Mutter mit dem vierjährigen Bruder auf dem Arm weinte und versuchte uns verständlich zu machen, dass wir aus Geisa weggehen müssen. Wohin uns die fremden Menschen bringen werden, konnte sie uns nicht sagen. Die noch vor wenigen Minuten empfundene Gemeinschaft mit gläubigen Menschen meiner Heimatstadt, und die daraus empfundene Sicherheit, war plötzlich nicht mehr da. Ich fühlte mich von der Welt verlassen! Während des Abtransportes wurden wir als Familie getrennt. Meine Mutter und ich wurden durch unsere Straße abgeführt, bis zu einem Fahrzeug, in dem außer uns noch 6 Polizisten saßen. Weinend auf dem Weg zu diesem Transportfahrzeug, ich klammerte mich an meine Mutter, mussten wir an damaligen Bewohnern der Stadt Geisa vorbeigehen. Es waren sehr viele Menschen rechts und links der Straße entlang zu sehen. Manche weinten, doch überwiegend herrschte Stille, Schweigen.

Wie sehr hätte ich mir ein Wort gewünscht, ein Zeichen der Anteilnahme.

Warum schauten so viele Menschen zu und blieben stumm?

Warum sagte keiner, "Lasst den Blödsinn! Es sind angesehene Bürger!"

Das schweigende Zusehen wirkte auf mich als Zehnjährige wie eine Zustimmung der Maßnahme.

Die Trennung von Geisa, meiner Geburts- und Heimatstadt, in der ich bis zu diesem Tag meine Kindheit verbrachte, gehört zu den schwierigsten Erfahrungen, die ich bisher in meinem Leben gemacht habe.

Nicht nur der Verlust meiner Heimat, auch die Trennung von meinen Verwandten, Freunden, von allem, was mein damaliges Leben ausmachte, verursachte ein Gefühl von Trauer und Angst. Diese Gefühle bezogen sich auch auf den zugewiesenen Wohnort, denn in Ilmenau musste ich mich mit gravierenden Veränderungen auseinandersetzen - meine Kindheit war über Nacht beendet!

Besonders schwerwiegend war für mich die Aussage einer Frau, die im gegenüberliegenden Haus in Ilmenau wohnte und uns Kinder nach der Ankunft zu sich nahm, uns mit Essen und Getränken versorgte, aber auch tröstete bis uns die Eltern abholten. Sie gab gegenüber meinen Eltern zu verstehen, dass man 3 Tage zuvor nicht nur ihr, sondern auch weiteren Familien in der Nachbarschaft gesagt habe, es zöge gegenüber eine Familie ein, die Schwerverbrecher von der Grenze sind. Deshalb solle kein Kontakt aufgenommen werden.

Dies brannte sich tief in meine Kinderseele ein und schmerzt noch heute.

Durch das tiefgreifende Schicksal der Zwangsaussiedlung wurde das Leben unserer Familie aus der Bahn geworfen, hat uns die Existenz genommen. Die neue Arbeitsaufgabe meines Vaters bestand darin, mit dem LKW Kohlen innerhalb von Ilmenau auszufahren. Das war ein gewaltiger Einschnitt in seiner Erwerbsbiographie! Deshalb bin ich meinen Eltern sehr dankbar, dass sie nicht resignierten; sie standen uns zur Seite, nahmen uns die Angst, machten uns immer wieder Mut und zeigten uns unsere Stärken auf.

Mit diesem Schicksal sind Erfahrungen verbunden, die mein Leben lang in Erinnerung bleiben. Man kann sie Grenzerfahrungen nennen, denn sie scheinen oftmals die Kraft des Lebens zu übersteigen.

Das Lesen dieser Zeilen hat Sie sicherlich betroffen gemacht, was ich auch erreichen wollte, denn wie Sie mir Recht geben werden - die Zwangsaussiedlungen in der DDR sind zweifelsfrei ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ein Verstoß gegen die Menschenwürde.

Über diese Entrechtung und Entwürdigung mussten die Zwangsausgesiedelten in der DDR schweigen und hatten bis zur friedlichen Revolution keine Chance, dem infamen System von Bespitzelung, Überwachung und Zersetzung zu entgehen.

Werte Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren,

wer die Bedeutung und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes sowie das totalitäre Staatswesen der DDR verharmlost, verhöhnt die Opfer politischer Verfolgung in der DDR, zumal der Rehabilitierungs- und Wiedergutmachungsprozess bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Auch darf nicht unerwähnt bleiben, dass die SED-Opfer bis heute zumeist denen gegenüber wirtschaftlich und gesellschaftlich im Nachteil sind, die für ihre Verfolgung verantwortlich waren oder daran mitgewirkt haben.

Nicht nur das in der DDR erlittene Unrecht, auch das Schattendasein in der Bundesrepublik Deutschland hat bei vielen Opfern des SED-Regimes tiefe Wunden und das Gefühl zurückgelassen, von Staat und Gesellschaft vergessen und abgeschoben worden sein. Dies trifft insbesondere auch auf die Zwangsausgesiedelten zu, so dass sich unser SED-Opferverband die Frage stellt, wann will man die bisherige Schwerfälligkeit aufgeben und endlich den legislativen Verpflichtungen nachkommen?

Durch seine Gründung am 19. Mai 1990 kann der BdZ in diesem Jahr auf ein 30 – jähriges Bestehen zurückblicken. Bereits im Gründungsmonat führte eine Beratung im Innenministerium zu dem Ergebnis, dass den Zwangsausgesiedelten Unrecht geschehen ist und demzufolge ein Anspruch auf Rehabilitation besteht. Ebenso arbeitete der BdZ eng mit dem Justizministerium der DDR zusammen und brachte sich über den Rechtsausschuss in den Erlass des Rehabilitierungsgesetzes vom 6. September 1990 (RehaG-DDR) ein. Danach wurden die Zwangsaussiedlungen als Verletzung verfassungsmäßig garantierter Grundrechte gewertet, denn die Betroffenen hätten zur Durchsetzung politischer Ziele erhebliche Nachteile durch den Erlass von Verwaltungsakten erlitten. Die damalige verwaltungsrechtliche Rehabilitation begründete einen Anspruch auf

► Rückerstattung der entzogenen Vermögenswerte unter Anrechnung von Wertminderung.

Jedoch regelte der Einigungsvertrag, welches DDR-Recht fortgelten sollte. Dieser Passus galt leider nicht als fortgeltendes Recht!

Durch die Wiedervereinigung verloren die Zwangsausgesiedelten den erkämpften Rechtsanspruch auf Rehabilitation sowie Wiedergutmachung, obwohl die Tatbestände der Zwangsaussiedlungen bekannt waren:

- Zwangsaussiedlung, Verlust der Heimat sowie Enteignung des Besitzes/Vermögens
- Diskreditierung des Rufes durch Verbreitung von Gerüchten auch an dem zugewiesenen Wohnort/Verweigerung der Ausbildung/Zuweisung von „gering entlohnenden“ Arbeitsplätzen
- Untergraben des Selbstvertrauens durch die Staatssicherheit/gefühlte staatlich intendierte Kontrolle, Bespitzelung, Überwachung, Unterdrückung und Zersetzung.

Darüber hinaus bedingte dieses Schicksal eine nachhaltige Beeinträchtigung der Gesundheit sowie des beruflichen Werdeganges und änderte tiefgreifend die Vermögenssituation.

Die Hoffnung auf eine umgehende Rückgabe der enteigneten Vermögenswerte zerbrach!

Nach dieser ersten Ignoranz hätte die Bundesregierung jedoch bereit sein müssen, das an den Zwangsausgesiedelten verübte schwerwiegende Vorwendeunrecht dadurch wiedergutzumachen, sie als SED-Opfergruppe in das am 4. November 1992 in Kraft getretene 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (1. SED-UnBerG) aufzunehmen. Doch dies geschah nicht. Die Zwangsausgesiedelten blieben weiterhin „Bittsteller“ und sind es selbst nach 30 Jahren noch, obwohl in der Errichtung einer demokratischen Ordnung eine Chance gesehen wurde, für das erlittene Unrecht rehabilitiert sowie angemessen entschädigt zu werden. Die Auseinandersetzung mit dem SED-Unrecht stellt bereits eine große seelische Belastung für die Zwangsausgesiedelten dar, dennoch mutet die Bundesregierung gerade unserer SED-Opfergruppe ein nachwendebedingtes Unrecht nach dem anderen zu, wodurch es immer wieder zu neuen Diskriminierungen kommt.

Der 30. Jahrestag der friedlichen Revolution hätte endlich Anlass sein müssen, das spezifische Verfolgungsschicksal der Zwangsausgesiedelten angemessen zu entschädigen. Dies bleibt auch anlässlich des 30. Jahrestages der Wiedervereinigung aus. Ob die bisher vernachlässigte SED-Opfergruppe den Wettlauf mit den politischen Entscheidungsträgern überhaupt noch gewinnen kann, ist keineswegs sicher! Sicher ist aber, dass die Zwangsausgesiedelten ihn verlieren werden, wenn nicht endlich gehandelt wird! Feststeht, dass der BdZ mit dem bisher bewiesenen Durchhaltevermögen den Kampf bis zum Ende fortsetzt bzw. weiterhin mit Vehemenz auf die Gerechtigkeitslücken bei der Entschädigung für die Zwangsausgesiedelten hinweist in der Hoffnung, dass verantwortliche Politiker mit der notwendigen Empathie sowie Mitmenschlichkeit handeln.

Deshalb bitte ich die heute hier anwesenden Parlamentarier um Unterstützung innerhalb ihrer Fraktionen im Thüringer Landtag.

Die aktuelle Situation der Zwangsausgesiedelten ist zwar nicht Gegenstand der heutigen Anhörung, aber es kann nicht sein, dass einem SED-Opferverband zugemutet wird, 30 Jahre und länger als gesetzlich anerkanntes SED-Opfer für eine berechnete angemessene Entschädigung kämpfen zu müssen, aber dagegen mit Verursachern staatlicher Unrechtsmaßnahmen und ihrem moralisch verwerflichen Handelns milder umgegangen wird. Obwohl sich bereits das Verfolgungsschicksal belastend auswirkt, die Opfer nicht zur Ruhe kommen lässt und die damit verbundene Auseinandersetzung oftmals die Kraft des Lebens übersteigt, haben sie aufgrund der gesetzlichen Festlegungen noch eine enorme Beweislast zu tragen. Durch eine 30-jährige Vereinsarbeit liegen aussagekräftige Dokumente in ausreichender Anzahl vor, dennoch verlangt das schwerfällige politische Handeln immer wieder erneute Abhandlungen vom BdZ.

Der BdZ will keine Rache, aber eine schonungslose Aufarbeitung dessen, was geschehen ist. Es darf auf keinen Fall sein, dass ehemalige Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes ihr Agieren versuchen zu relativieren, umzudeuten oder sogar zu rechtfertigen. Deshalb hat der BdZ bereits das am 29. Dezember 1991 in Kraft getretene „Stasi-Unterlagen-Gesetz“ (StUG) begrüßt. Der Gesetzgeber will den Aktenzugang sicherstellen, unter anderem wie aus § 1 des StUG hervorgeht, um die historische, politische und juristische Aufarbeitung zu gewährleisten.

Ebenso wird seitens des BdZ die aktuelle Verlängerung der Überprüfungsfristen nach dem geltenden Stasi-Unterlagen-Gesetz als vorteilhaft betrachtet. Das die Verwendung für die in Absatz 1 Nr. 6 genannten Zwecke nunmehr noch bis zum 31. Dezember 2030 zulässig ist, wird als Signal in die richtige Richtung gewertet. In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, dass mit dem Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom 25. Oktober 2019 eine Antragsentfristung in den Rehabilitierungsgesetzen erfolgte, d.h., die bisherige Befristung auf den 31. Dezember 2019 wurde gestrichen. Die nunmehr unbefristete Möglichkeit einer Antragstellung auf Rehabilitation und Entschädigung eines SED-Opfers könnte sich nochmals auf die aktuell auslaufenden Überprüfungsfristen nach dem StUG am 31. Dezember 2030 auswirken, so dass sich dieser Aspekt in der von Thüringen beabsichtigten gesetzlichen Regelung niederschlagen sollte, d.h., nicht nur die Überprüfung der Mitglieder des Thüringer Landtags sollte im Sinne der jeweils gültigen Fassung des StUG erfolgen, sondern auch die Überprüfungsfrist.

Bei der gesellschaftlichen Debatte über Schuld und Verantwortung dürfen partei- oder machtpolitische Interessen nicht im Vordergrund stehen und erst recht nicht die Perspektiven der Opfer vernachlässigt werden. Auch lehnt der BdZ einen Umgang mit der Vergangenheit ab, der lediglich auf abstrakte Pflichtübungen reduziert wird. Ein noch größeres Ungleichgewicht, als derzeit bereits zwischen Opfern und Tätern besteht, muss verhindert werden.

Unerträglich sowie geschmacklos wäre, wenn für die Sichtweise der Täter, Opfer sein zu wollen, sogar gesellschaftliche Akzeptanz aufgebracht werden würde, aber andererseits ein immer größeres Desinteresse an den eigentlichen Opfern bestünde.

Deshalb sollte für das aus den bereitgestellten Unterlagen hervorgehende Problem, wodurch zugleich zu erkennen ist, dass der Finger in die gleiche Wunde gelegt wird, zeitnah eine gesetzliche Grundlage für die weitere Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags in Kraft tritt. Infolgedessen hat der BdZ auch die vorliegenden Gesetzentwürfe, die umfassende Ansatzpunkte für die Festlegung der neuen Rechtsgrundlage beinhalten, mit großem Interesse gelesen.

Die Fortführung der Abgeordnetenüberprüfung wird begrüßt, denn dadurch werden die Integrität sowie die Vertrauenswürdigkeit des Parlaments gewahrt und darüber hinaus ist sie der weiteren Aufarbeitung des DDR-Unrechtssystems dienlich.

Wichtig ist, dass bei allen Meinungs- und auch Bewertungsunterschieden die heutige Anhörung einer großen demokratischen Gemeinschaft zu einem breiten Konsens beiträgt, damit in Thüringen bald wieder nach einer klaren Gesetzgebung gehandelt werden kann. Eine Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtages auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) entspricht dem Interesse des BdZ und ist unbestritten auch in Zukunft notwendig.

Ausführungen zu den beabsichtigten Vorschriften:

1. Neues ThürAbgÜpG oder Erweiterung des ThürAbgG

Auch wenn Thüringen bisher für diese Abgeordnetenüberprüfung ein eigenständiges Gesetz hatte, ist es aus Sicht des BdZ anschaulich, nunmehr die Überprüfung in das Thüringer Abgeordnetengesetz (ThürAbgG) aufzunehmen, denn dort sind die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Thüringer Landtags geregelt. Die §§ 42 ff ThürAbgG beinhalten Festlegungen sowie Verpflichtungen für die Ausübung des Mandats, so dass für die Überprüfung neu der § 42 i folgerichtig eingefügt werden sollte.

2. Entsprechend zuvor gemachten Ausführungen ordnet der BdZ seine Stellungnahme unter Berücksichtigung beider Gesetzentwürfe bereits dem neuen § 42 i ThürAbgÜpG unter.

3. Überprüfung von Abgeordneten

- a) Die Aufnahme, dass die Mitglieder des Thüringer Landtags nach Annahme des Mandats geprüft werden, ist sinnvoll und bringt mehr Transparenz in das Verfahren.
- b) Dem Vorschlag, keine Altersbegrenzung festzulegen, wird zugestimmt, denn die unter neu § 42 i Abs. 1 ThürAbgÜpG zu prüfende Tätigkeit soll im Sinne des StUG erfolgen. Danach bleiben Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst vor Vollendung des 18. Lebensjahres außen vor.

Deshalb erübrigt sich eine Altersangabe oder auch der Wortlaut - die vor dem 1. Januar 1970 geborenen Abgeordneten.

c) Folgenden Formulierungen entsprechend beiden Gesetzentwürfen wird zugestimmt:

- ungeachtet früherer Überprüfungen und
- ohne ihre Zustimmung.

Die Beeinträchtigung des Abgeordnetenmandats durch eine Überprüfung ohne Zustimmung ist nach dem StUG gerechtfertigt.

- d) Ausgehend von der Tatsache, dass auch das StUG nunmehr eine Überprüfung bis zum 31. Dezember 2030 erlaubt, ist ein hinreichende Grund dafür, die Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt festzulegen.

- e) Bei den Tätigkeiten des Staatssicherheitsdienstes sollten die in neu § 42 i Abs.1 ThürAbgÜpG aufgenommen werden, die wie folgt aus § 6 Begriffsbestimmungen des StUG hervorgehen:
- Hauptamtliche Mitarbeiter, die in einem offiziellen Arbeits- oder Dienstverhältnis des Staatssicherheitsdienstes gestanden haben sowie Offiziere des Staatssicherheitsdienstes im besonderen Einsatz
 - Inoffizielle Mitarbeiter, die sich zur Lieferung von Informationen an den Staatssicherheitsdienst bereiterklärt haben
 - Personen, die gegenüber Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes hinsichtlich deren Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst rechtlich oder faktisch weisungsbefugt waren sowie
 - Inoffizielle Mitarbeiter des Arbeitsgebietes 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei.

Danach erübrigt sich eine Formulierung wie – wissentlich.

- f) Die Vorgaben im Zusammenhang mit dem Ausscheiden eines Abgeordneten aus dem Thüringer Landtag sowie für das Ende einer Wahlperiode sind in beiden Gesetzentwürfen identisch. Eine Ergänzung macht sich nicht erforderlich.
- g) Die Verpflichtung des Abgeordneten zu Angaben für die Überprüfung, die die Zeit vor dem 3. Oktober 1990 betreffen, sollten zeitlich nicht weiter eingegrenzt werden.
- h) Nach neu § 42 i Abs.6 ThürAbgÜpG haben die stimmberechtigten Mitglieder der erweiterten Kommission beim Vorliegen eines positiven Überprüfungsergebnisses durch Beschluss festzustellen, ob der überprüfte Abgeordnete das Ansehen des Landtags belastet. Die Recherche des BdZ hat ergeben, dass sowohl nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts als auch des Thüringer Verfassungsgerichtshofs (ThürVerfGH) die Bewertung eines Abgeordneten als „politisch unwürdig“ nicht den Schutz des Abgeordnetenstatus verletzt. Der ThürVerfG sieht es als verfassungskonform an, dass das Überprüfungsgremium nicht nur die Einzelheiten der Tätigkeit für das MFS/AFNS festzustellen hat, sondern diese auch dahingehend bewerten soll, ob ein Abgeordneter politisch unwürdig ist, ein Landtagsmandat inne zu haben.

Aufgrund dessen ist erst recht die Formulierung „das Ansehen des Landtag belasten“ rechtlich unbedenklich.

- i) Die Sachlage, dass ein Abgeordneter das Ansehen des Landtags belastet, rechtfertigt keinen Mandatsverlust, wenn diese Möglichkeit nicht die Thüringer Verfassung einräumt. Eine rechtliche Sanktionierung ist somit nicht gegeben, gleichwohl aber eine sonstige Konsequenz politischer Art, die von den Fraktionen im Landtag sowie von der Öffentlichkeit festgelegt wird.

Der vorgeschlagenen Konsequenz nach neu „42 i Abs. 4 ThürAbgÜpG stimmt der BdZ zu. Danach wird von der erweiterten Kommission der Abschlussbericht

- zunächst dem betroffenen Abgeordneten übergeben zwecks Abgabe einer Erklärung, die dem Bericht als Anlage beigelegt wird
- vom Thüringer Landtag in einer seiner Sitzungen besprochen wird und
- veröffentlicht als Drucksache.

Eine öffentliche Bekanntgabe ist nach der Rechtsprechung zulässig und entspricht dem Zweck des Überprüfungsverfahrens. Deshalb sollte neben den Fraktionen und parlamentarischen Gruppen auch die Öffentlichkeit die ermittelten Feststellungen bewerten können.

- j) Dennoch sollten und müssen letztendlich die Regelungen für ein Überprüfungsverfahren den Schutz des Abgeordneten sicherstellen.

Aus neu § 42 i Abs. 2 bis Abs. 6 ThürAbgÜpG geht eine Vorgehensweise hervor, die nicht die Rechte eines Abgeordneten verletzen würden, so dass der BdZ der Umsetzung zustimmt.

Insbesondere werden folgende Rechte mit der beabsichtigten Rechtsgrundlage gewährleistet:

- Der Abgeordnete wird am Verfahren beteiligt, er darf aktiv mitwirken. Auch wird ihm zugestanden, Stellung zu beziehen.
- Der Schutz vor Indiskretion wird sichergestellt.
- Nur ein kleiner Personenkreis darf Einblick in die vertraulichen Unterlagen nehmen. Auch begrüßt der BdZ, dass zunächst nur der Präsident das Verfahren einleitet und erst in Abhängigkeit von den seitens des Bundesbeauftragten erhaltenen Unterlagen wird die expliziert für Überprüfungsverfahren gebildete Kommission eingebunden.

Die Geltungsdauer der Überprüfung soll wie bisher wiederum mit den befristeten Überprüfungsmöglichkeiten nach dem StUG übereinstimmen. Wie zuvor ausgeführt, können die Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR unbefristet einen Antrag auf Rehabilitation und Entschädigung stellen. Unter Umständen könnte sich daraus eine nochmalige Verlängerung der Überprüfungsfristen nach dem StUG über den 31. Dezember 2030 ergeben, so dass vorgeschlagen wird, nicht nur die Überprüfung der Mitglieder des Thüringer Landtags im Sinne der jeweils gültigen Fassung des StUG festzulegen, sondern auch die Überprüfungsfrist sollte dem des StUG entsprechen.

Werte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren,

auch wenn das bisherige Gesetz zur Abgeordnetenprüfung vom 28. Dezember 1998 bis zum Ende der 6. Wahlperiode des Thüringer Landtags Gültigkeit hatte, müssen die darin festgelegten Kriterien nicht vollumfänglich weiterhin für die beabsichtigte Überprüfung maßgebend sein. Innerhalb der bisherigen Gültigkeitsdauer konnten Erfahrungen sowie Erkenntnisse gewonnen werden, so dass der BdZ darin eine Gelegenheit für eine zweckmäßige Anpassung sieht. Zur Auseinandersetzung in einer freiheitlichen Demokratie gehört, dass auch entgegen bisherigen Meinungen Standpunkte dargestellt werden können. Entscheidend ist letztendlich der sich daraus ergebende Erkenntnisgewinn.

Diese Chance sollte für das beabsichtigte neue Gesetz genutzt werden!

Mein Schlusswort an die Parlamentarier lautet: Erst recht aus der moralischen Verantwortung heraus dürfen die Opfer des politischen Unrechts nicht vergessen werden!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

18. September 2020

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes - Verlängerung der Abgeordnetenüberprüfung im Einklang mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/858 - und Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit (Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten - ThürAbgÜpG -) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/936 -		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn Ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
1.	Name	Organisationsform
	<i>Point Alpha Stiftung</i>	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Schlossplatz 4</i>
	Postleitzahl, Ort	<i>36419 Quedlinburg</i>
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)</small>	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Erhalt & Unterhaltung Gedenkstätte Point Alpha, Politische Bildung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die Point Alpha Stiftung stimmt der Stellungnahme des Thüringer Landesbeauftragten Dr. Peter Wursch zu.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Geisa, 06.10.2020	

Von:

Gesendet:

An:

Betreff:

Dienstag, 22. September 2020 08:58

Landtag Poststelle

WG: Anhörungsverfahren zu den Gesetzesentwürfen
Abgeordnetenüberprüfung

Bitte registrieren.

THÜR. LANDTAG POST
22.09.2020 09:03

2229112020

Sachgebiet A 6.1 | Parlamentssekretariat
Unit A 6.1 | Parliamentary Secretariat

THÜRINGER LANDTAG | THURINGIAN STATE PARLIAMENT

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

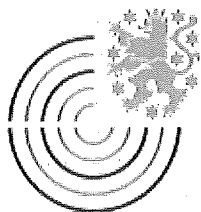
www.thueringer-landtag.de |

Social Media: Facebook, Twitter, Instagram

Diese E-Mail ist keine Zugangseröffnung für den elektronischen Rechtsverkehr.
This e-mail provides no access to electronic legal transactions.

Im Anwendungsbereich der DS-GVO gilt folgender Hinweis:

Informationen nach Art. 13, Art. 14 DS-GVO zum Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten im Thüringer Landtag und zu den Möglichkeiten einer verschlüsselten Kommunikation finden Sie im Internet unter <https://datenschutz.thueringer-landtag.de>. Auf Wunsch übersenden wir Ihnen auch eine Papierfassung.



THÜRINGER LANDTAG

Von:

Gesendet: Montag, 21. September 2020 17:18

An:

Betreff: WG: Anhörungsverfahren zu den Gesetzesentwürfen Abgeordnetenüberprüfung

am mündlichen Anhörungstermin im Thüringer Landtag am 25. September 2020 wird die Point Alpha Stiftung nicht vertreten sein.

Die Point Alpha Stiftung schließt sich der Stellungnahme durch den Vertreter des Geschichtsverbundes,
, an.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Katrin Wirth



Point Alpha Stiftung
Schlossplatz 4
36419 Geisa

Telefon: 03 69 67 / 59 64 -20

Fax: 03 69 67 / 59 64 -26

Tel. Gedenkstätte: 06651-919030

stiftung@pointalpha.com

www.pointalpha.com

<http://www.facebook.com/PointAlpha>

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen:

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes - Verlängerung der Abgeordnetenüberprüfung im Einklang mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/858 - und Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit (Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten - ThürAbgÜpG -) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/836 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Landesbeauftragte zur Aufarbeitung des SED-Diktats d. Landes Sachsen-Anhalt</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Schleierweg 12</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>39104 Magdeburg</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Landesbeauftragte zur Aufarbeitung des SED-Diktats d. Landes Sachsen-Anhalt	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schleierweg 12	Postleitzahl, Ort	39104 Magdeburg
Name	Organisationsform										
	Landesbeauftragte zur Aufarbeitung des SED-Diktats d. Landes Sachsen-Anhalt										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schleierweg 12										
Postleitzahl, Ort	39104 Magdeburg										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse										
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Landesbeauftragte für Asyl-GH LSA	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligte(n)transparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Magdeburg, 18.09.2020	



SACHSEN-ANHALT

Beauftragte
des Landes Sachsen-Anhalt
zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur

Die Beauftragte des Landes Schleierufer 12, 39104 Magdeburg

Stellungnahme der

Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (LzA LSA) zum Thüringer Abgeordneten-Überprüfungsgesetz

Magdeburg, 18.09.2020

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

(Bitte bei Antwort angeben)
Mein Zeichen
LzA LSA 3.1.2

Vorbemerkung:

Für eine vereinheitlichte Handhabung hat die Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED Diktatur im nachfolgenden LzA LSA im Jahr 2014, neu aufgelegt im Jahr 2019, eine Handreichung für die Überprüfung **kommunaler** Mandatsträger veröffentlicht. Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat die hausinternen Überprüfungsverfahren seiner Mitglieder bislang immer ohne Inanspruchnahme der Landesbeauftragten durchgeführt, sich aber über die Überprüfungsverfahren in anderen Bereichen, mithin der Landesregierung, durch die Landesbeauftragte berichten lassen.

- **zur Frage der Notwendigkeit einer Überprüfung über die 6. Wahlperiode hinaus:** Das wichtigste Argument für die weiter bestehende Überprüfbarkeit bei öffentlichen Ämtern ist, dass ohnehin im Rahmen der privaten Akteneinsichten belastendes Material über jeden beliebigen ehemaligen hauptamtlichen oder inoffiziellen Mitarbeiter herausgegeben werden kann. Dem privaten Antragsteller steht damit die Möglichkeit offen, dieses – soweit es einen Amts- bzw. Mandatsträger betrifft – auch nur auszugsweise zu publizieren, also auch ggf. entlastende Gesichtspunkte zu verschweigen.

Dieser Gefahr einer Erpressbarkeit öffentlicher Amts- bzw. Mandatsträger wird durch den unmittelbaren Zugriff der betreffenden Körperschaft auf das Aktenmaterial im Wege der Überprüfung vorgebeugt.

- Ein weiteres wesentliches Argument ist die politische Transparenz. Wählerinnen und Wähler sollen die politische Vergangenheit der Kandidatinnen und Kandidaten kennen können. Das betrifft insbesondere auch die Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit, das die Gesellschaft und die die gesellschaft tiefgreifend beschädigt und Vertrauen grundlegend zerstört hat.

Sprechzeiten:

in Magdeburg
jeden Dienstag
14.00 bis 17.00 Uhr
Schleierufer 12
39104 Magdeburg

in Halle
jeden 1. Donnerstag im Monat
nach Anmeldung (11–17 Uhr)
beim Zeit-Geschichte(n) e. V. –
Verein für erlebte Geschichte,
Große Ulrichstraße 51
06108 Halle (Saale)

Internet:
www.aufarbeitung.sachsen-anhalt.de

E-Mail:
info@lza.lt.sachsen-anhalt.de

**Sachsen-Anhalt.
Hier macht das
Bauhaus Schule.**

#moderndenken

- Die Möglichkeit der Überprüfung für öffentlich Bedienstete ab E9 und Mandatsträger und ist durch Beschluss von Bundestag und Bundesrat im vergangenen Jahr aus gutem Grund verlängert worden. So ist es möglich, weiter Transparenz hinsichtlich der politischen Biografie von Mandantsträgern herzustellen. Anderenfalls wären ehemalige politische Häftlinge, die aktuell Rehabilitierungsanträge stellen, nach §§ 20, 21 Absatz 1 Nr. 1 StUG, sowie die Bediensteten von Rehabilitierungs- und Aufarbeitungsbehörden nach Nr. 7 die einzigen gewesen, die noch einer Überprüfung unterzogen werden.
- Die Möglichkeit der Überprüfung erfüllt ihren Zweck. Der Landtag und auch auf kommunale Ebene bezogen: kommunalen Vertretungskörperschaften haben damit ein Instrument in der Hand, das sie nach Beschluss nutzen können (vgl. Tätigkeitsbericht LzA LSA, Drs. 7/5961, S. 73). Die sachsen-anhaltinische Regelung enthält keine zusätzliche Befristung; diese ergibt sich ohne Weiteres unmittelbar aus dem Bundesrecht.
Ich empfehle dies auch für den Freistaat Thüringen, sich ebenfalls nicht durch den Bezug auf Wahlperioden einzuschränken.

Zur Frage der Wirksamkeit der Gesetzentwürfe im Hinblick auf das Aufarbeitungsgebot in Art. 96 Abs. 2 der Landesverfassung:

Beide Gesetzentwürfe weisen – voneinander abweichende – punktuelle Defizite auf (siehe Synopse in der Anlage).

- Insbesondere sollte statuiert werden, dass die Mitglieder der Kommission selbst nach Abs. 3 / des Gremiums nach § 3 überprüft werden, bevor sie ihre Tätigkeit aufnehmen.
- Die Geschäftsordnung sollte dem Prüfungsausschuss vom Landtag gegeben werden.
- Aus der Erfahrung in Sachsen-Anhalt erscheint es hilfreich, die Art der Bekanntgabe bereits am Anfang zu regeln (nichtöffentliche / öffentliche Sitzung; Benennung nur der Anzahl der Belasteten oder auch deren Namen); die Ergebnisse sollten im Landtag vorzugsweise in nicht öffentlicher Sitzung bekannt gegeben und dem belasteten Abgeordneten Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden.
- Aufgrund seiner fachlichen Expertise empfehle ich die Einbeziehung des ThLA im Überprüfungsverfahren, der ja ohnehin eine Einrichtung des Landtages ist.

Spezifische Schwächen des GE in Drs. 7/858:

- zusätzliche Befristung über StUG hinaus in § 42i Abs. 1 (Entwurf);
- berechnete Interessen Betroffener und Dritter werden schon vom BStU gewahrt (Abs. 5);
- Feststellung der „Belastung des Ansehens“ ohne Differenzierung – es sind spezielle Fallkonstellationen denkbar, in denen eine Zusammenarbeit erfolgt ist, aber eine Ansehensbelastung nicht stattfindet (z. B. Lossagung und Inhaftierung deswegen), die Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit sollte bewertet werden;
- Personen mit Weisungsbefugnis unterfallen nach StUG ohnehin dem Mitarbeiterbegriff (vgl. das Anliegen, formuliert in Drs. 7/858, dort S. 6: Begründung: Allgemeines, 2. Absatz Satz 1).

Spezifische Schwächen des GE in Drs. 7/936:

- Erlass eines zusätzlichen Gesetzes anstelle Einordnung in das Abgeordnetengesetz (vgl. § 46a Abgeordnetengesetz LSA);
- „nicht berücksichtigt, wenn diese vor dem 1.1.1970 Dies gilt nicht, wenn ...“ – die Überprüfung, ob die Nichtberücksichtigungsklausel greift, erfordert bereits eine Befassung mit dem Inhalt (§ 1 Entwurf), dies erscheint nicht schlüssig. Es ist auch keine historische Zäsur bekannt, die eine solche Einschränkung begründen könnte.
- das Problem der weisungsbefugten Personen aus § 6 Abs. 5 StUG wird nicht gesehen, somit u. U. eine sachgemäße Bearbeitung entsprechender Auskünfte des BStU verhindert (§ 3 Abs. 1 des Entwurfs); der BStU beauskunftet auch weisungsbefugte Personen; wenn der Überprüfungsausschuss NUR Mitarbeiter des MfS und der K1 überprüft, laufen diese Auskünfte ins Leere.
- „mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner stimmberechtigten Mitglieder“ – dieses Quorum ist zu hoch und ohne sachliche Rechtfertigung / die ist sonst nur die Anforderung für eine Verfassungsänderung (Art. 83 Abs. 2 Satz 1 Verf TH) – im parlamentarischen Raum wird ansonsten mit einfacher Mehrheit abgestimmt, ebenfalls in den Spruchkörpern der Gerichte (§ 196 Abs. 1 Gerichtsverfassungsgesetz), abgesehen allerdings von „dem Angeklagten nachteiligen Entscheidung über die Schuldfrage und die Rechtsfolgen der Tat“, die mit Zwei-Drittel-Mehrheit zu beschließen sind (§ 263 Abs. 1 StPO). Es erscheint mir nicht sinnvoll, dies hier zum Maßstab zu erheben.
- Andererseits wird die Festlegung auf eine Aussprache einformuliert (diese ist u. E. somit öffentlich bzw. eine nicht-öffentliche Sitzung wird damit ausgeschlossen. Die hiesigen Erfahrungen legen nahe, die Fälle in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln und die Öffentlichkeit summarisch zu informieren.

Zur Frage der Frist / Befristung

Die Befristung sollte sich dynamisch an derjenigen des StUG orientieren, mithin überhaupt nicht ausformuliert werden.

Zur Sinnhaftigkeit einer erneuten Überprüfung

Rein formal unterliegen Erkenntnisse aus jeder abgeschlossenen Wahlperiode der Zweckbindung nach § 29 Abs. 1 StUG und dürfen daher in nachfolgenden Perioden nicht mehr verwendet werden; aus praktischen Erwägungen: die Erschließungsarbeiten beim BStU sind noch nicht abgeschlossen, ab einem zeitlichen Abstand von (bereits) 2 Jahren kann nach Auskunft des BStU mit neuem Material gerechnet werden.

Zur möglichen Erweiterung des zu überprüfenden Personenkreises

soweit sich diese Erkenntnisse aus dem Material beim BStU ergeben, werden sie bereits jetzt beauskunftet, denn die Erweiterung der Definition des Mitarbeiters (§ 6 Abs. 4 StUG) in § 6 Abs. 5 StUG „gelten entsprechend“ umfasst weisungsbefugte Personen. Zur praktischen Durchführbarkeit kann u. E. nur der BStU Auskünfte geben.

Zur Frage der öffentlichen Vermittlung der Überprüfungsergebnisse

(vgl. oben unter 2.): Feststellung der „Belastung des Ansehens“ ohne Differenzierung – es sind spezielle Fallkonstellationen denkbar, in denen eine Zusammenarbeit erfolgt ist, aber eine Ansehensbelastung nicht stattfindet (z. B. Lossagung und Inhaftierung deswegen).

Abschluss

Die Überprüfung der Mitglieder des Landtages nach den Regelungen des Stasiunterlagengesetzes ist eine bewährte Möglichkeit, Transparenz in Bezug auf die politischen Biografien des Verfassungsorgans herzustellen. Dieses Gesetz ist in den vergangenen Jahren immer wieder angepasst worden und enthält die notwendigen Schutzvorschriften (zum Beispiel das Verbot der Beauskunftung der Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst von ehemals Minderjährigen (Stichwort: Jugend-IM). Damit wird auch ein wichtiger Beitrag zur Vertrauensbildung in politisches Handeln geleistet. Zugleich signalisiert der Landtag mit seiner Überprüfung nach Stasiunterlagengesetzes den Willen zu politische Transparenz, das auch von Stadträten und Kreistagen wahrgenommen wird.

Anlage: Synopse;
§ 46a Abgeordnetengesetz LSA

Synopse

Drs. 7/858	Drs. 7/936	Einschätzung LzA LSA
Einfügung eines § mit 6 Absätzen in das AbgG	Neu-Erlass eines ThürAbg-ÜpG mit 8 §§	Im Abgeordnetengesetz ist die Regelung besser aufgehoben, da dieses Gesetz von den Abgeordneten anerkannt ist und eingehalten wird.
Motivation: Änderung der Frist nach StUG bis 31.12.2030	Motivation: Änderung der Frist nach StUG bis 31.12.2030	
§ 42i Abs. 1-Entwurf „die Überprüfung wird bis zum 31.12.2030 durchgeführt“	§ 1-Entwurf „nicht berücksichtigt, wenn diese vor dem 1.1.1970 ... Dies gilt nicht, wenn ...“	beide Regelungen zweifelhaft: • der BStU bearbeitet die Auskünfte bis 31.12.2030; diese können auch beim Überprüfungsgremium nach dem 31.12.2030 nicht mehr berücksichtigt werden – was ist bei einer erneuten Fristverlängerung? • die Überprüfung, ob die Nichtberücksichtigungsklausel greift, erfordert bereits eine Befassung mit dem Inhalt
Abs. 2-Entwurf Verfahren Einleitung durch den/die Landtagspräsidenten/in Stellungnahme durch d. Abg.	§ 2-Entwurf Verfahren Einleitung durch den/die Landtagspräsidenten/in § 5-Entwurf Stellungnahme d. d. Abg.	
Abs. 3-Entwurf Kommission Mitglieder des Vorstands des Landtages und zu wählende Ersatzmitglieder „Die Kommission kann sich eine Verfahrensordnung geben“	§ 3 Abs. 2–5-Entwurf Gremium Mitglieder des Vorstands des Landtages und zu wählende Ersatzmitglieder „Das Gremium kann sich eine Verfahrensordnung geben“	Beschränkung auf Mitglieder des Vorstandes aus Sicht LSA nicht erforderlich Hier muss auch geregelt werden, dass die Mitglieder im Prüfungsausschuss überprüft werden, bevor sie ihre Tätigkeit aufnehmen. Aufgrund seiner fachlichen Expertise empfehlen wir die Einbeziehung des ThLA, der ja ohnehin eine Einrichtung des Landtages ist. Geschäftsordnung in LSA vom Landtag (Plenum) beschlossen und sollte auch in Thüringen dem Prüfungsausschuss vom Landtag gegeben werden.
Abs. 4-Entwurf Verfahren bei Anhaltspunkten erweiterte Kommission Fraktionsvors. d. betr. Abg. Vertrauensperson	§ 3 Abs. 1, § 4-Entwurf Verfahren bei Verdacht einer ... Zusammenarbeit erweitertes Gremium Fraktionsvors. d. betr. Abg. Vertrauensperson	
Abs. 5-Entwurf berechnete Interessen Betroffener und Dritter	(–)	werden aufgrund „in dem erforderlichen Umfang“ durch die Form der Mitteilung durch den BStU gewährt, § 21 StUG

Drs. 7/858	Drs. 7/936	Einschätzung LzA LSA
<p>Abs. 6-Entwurf Feststellung, dass ggf. „das betroffene Mitglied das Ansehen des Landtags belastet“</p> <p>„mit Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder“</p>	<p>§ 6-Entwurf Feststellung, dass „... zusammengearbeitet hat.“</p> <p>„mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner stimmberechtigten Mitglieder“</p>	<p>Die Formulierung in 7/936 ist neutraler; Es sind spezielle Fallkonstellationen denkbar, in denen eine Zusammenarbeit erfolgt ist, aber eine Ansehensbelastung nicht stattfindet (z. B. Lossagung und Inhaftierung deswegen)</p> <p>Das Quorum ist zu hoch. 2/3 bekommt man nur im Ausnahmefall zusammen ...</p>
(-)	<p>§ 7-Entwurf Bekanntgabe gegenüber den Mitgliedern des Landtags; Erklärung d. betr. Abg.; Aussprache [= öffentlich]</p>	<p>aus der Erfahrung beim LT LSA und auf kommunaler Ebene erscheint es hilfreich, die Art der Bekanntgabe bereits am Anfang zu regeln (nichtöffentliche / öffentliche Sitzung; Benennung nur der Anzahl der Belasteten oder auch deren Namen)</p> <p>Die Ergebnisse sollten im Landtag in nicht öffentlicher Sitzung bekannt gegeben und dem belasteten Abgeordneten Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden.</p>
<i>Vergleich der Begründungen:</i>	<i>Vergleich der Begründungen:</i>	<i>Vergleich der Begründungen:</i>
Allgemeines „auch jene in die Überprüfung einzubeziehen, die ... Weisungsbefugnis ...“		entspricht der „entsprechend Mitarbeiter“-Definition des § 6 Absatz 5 Nr. 1 StUG
Zu Artikel 1 (§ 42i), Absatz 1: ... Unterlagen zu vernichten		Hinweis: einer gesetzlichen Pflicht zur Vernichtung von Unterlagen wird mit der Anbietung an das zuständige Archiv Genüge getan (hier: Landtagsarchiv)
	Begründung (halbe Textseite) „unsachgemäß, ... für parlamentsunwürdig zu erklären oder ein sonstiges, ähnlich unsachliches Urteil ...“	s. o. zu Abs. 6-Entwurf

[LSA] „Überprüfung der Abgeordneten des Landtages

(1) Abgeordnete können beim Präsidenten des Landtages schriftlich die Überprüfung auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der Deutschen Demokratischen Republik im Sinne des Stasi-Unterlagen-Gesetzes beantragen.

(2) Eine Überprüfung findet ohne Zustimmung eines Abgeordneten statt, wenn konkrete Anhaltspunkte für den Verdacht einer Tätigkeit im Sinne des Absatzes 1 vorliegen. Die Feststellung darüber trifft der Ausschuss nach Absatz 3.

(3) Der Landtag kann zur Überprüfung der Abgeordneten auf eine Tätigkeit im Sinne des Absatzes 1 einen Ausschuss einsetzen. Die Einsetzung des Ausschusses erfolgt durch Beschluss des Landtages, der der Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten, jedoch mindestens der Mehrheit der Mitglieder des Landtages bedarf. Der Landtag bestimmt bei der Einsetzung die Zahl der Mitglieder des Ausschusses.

(4) Der Landtag wählt die Mitglieder und die gleiche Zahl von stellvertretenden Mitgliedern des Ausschusses mit der Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten, jedoch mindestens mit der Mehrheit der Mitglieder des Landtages. Mit der gleichen Mehrheit kann der Landtag ein Mitglied oder ein stellvertretendes Mitglied des Ausschusses durch Beschluss abberufen; durch den Landtag ist unverzüglich ein neues Mitglied oder ein neues stellvertretendes Mitglied zu wählen.

(5) Scheidet ein Mitglied oder ein stellvertretendes Mitglied aus dem Landtag oder seiner Fraktion aus, so verliert es seine Mitgliedschaft im Ausschuss; durch den Landtag ist unverzüglich ein neues Mitglied oder ein neues stellvertretendes Mitglied zu wählen. Das Gleiche gilt, wenn ein Mitglied oder ein stellvertretendes Mitglied aus dem Ausschuss ausscheidet.

(6) Der Ausschuss legt seiner Überprüfung grundsätzlich Urkunden oder schriftliche Mitteilungen über den Inhalt von Urkunden zugrunde. Er stützt sich für seine Feststellungen und Bewertungen regelmäßig auf die Aktenlage, wie sie sich ihm insbesondere aufgrund der Mitteilungen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der Deutschen Demokratischen Republik darstellt. Der Ausschuss kann weitere Unterlagen hinzuziehen oder ihm zugänglich gemachte Unterlagen verwerten. Der Ausschuss kann Auskunftspersonen nach Maßgabe der Geschäftsordnung nach Absatz 8 anhören.

(7) Ist aufgrund der Überprüfung als erwiesen anzusehen, dass ein Abgeordneter hauptamtlich oder inoffiziell für den Staatssicherheitsdienst der Deutschen Demokratischen Republik tätig war, so werden die wesentlichen tatsächlichen Feststellungen und die darauf gestützten Bewertungen des Ausschusses nach Absatz 3 als Drucksache veröffentlicht.

(8) Der Landtag legt das Verfahren des Ausschusses in einer Geschäftsordnung fest."

Anmerkung: diese Geschäftsordnung ist in **LT-Drucksache 5/49/1622 B** beschlossen.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes - Verlängerung der Abgeordnetenüberprüfung im Einklang mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/858 -
und

Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit (Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten - ThürAbgÜpG -)

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/936 -

1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	UNION DER OPFERVERBÄNDE KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT	Eingetragener Verein e.V. (VZKG)
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Rudowstr. 103 Haus 1
	Postleitzahl, Ort	10365 Berlin
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Ehrenamtlichen Vorsitzender des Vereins	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Insgesamt befürwortet - Bedenken: - Ausschluss daten 1.1.1970 => willkürlich - 2/3 Mehrheit => ohne Grund	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail -> mit Anhang <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
24.9.20	

]

Stellungnahme
der
Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.
(UOKG)
zum
Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes
- Verlängerung
der Abgeordnetenüberprüfung im Einklang mit dem Stasi-Unterlagen-
Gesetz
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/858 -
und
Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf
eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem
Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit
(Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten - ThürAbgUpG -)
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/936

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien,

vorneweg sei gesagt, dass die UOKG den grundsätzlichen Willen die Überprüfung der Abgeordneten auf eine Stasitätigkeit zu verlängern, begrüßt.

Für beide Gesetzesentwürfe wird darauf hingewiesen, dass das Amt des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) im Mai nächsten Jahres enden und die BStU in das Bundesarchiv überführt wird. Aus diesem Grund scheint es sinnvoll schon in diesem Gesetz, die entsprechende Nachfolgeinstitution zu benennen.

Zu dem Gesetzesentwurf der Fraktionen die LINKE, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

- § 1 Abs. 1: Aus hiesiger Sicht kann nicht nachvollzogen werden, warum nur Abgeordnete überprüft werden sollen, die vor dem 1. Januar 1970 geboren sind. Wie allen bekannt, ist die Mauer am 9. November 1989 gefallen. Unter den Ausschluss würden daher auch Personen fallen, die zum Zeitpunkt des 9. November 1989 schon längst die Volljährigkeit erreicht hatten. Wenn es unbedingt eine Ausschlussfrist geben sollte, dann sollte diese frühestens mit dem 9. November 1971 beginnen. Somit würden nur Personen erfasst, die zum Zeitpunkt des Mauerfalls die Volljährigkeit erreicht hatten. Es wird auf die Regelung im Land Brandenburg hingewiesen, wonach Abgeordnete, die erst nach dem 12. Januar 1990 das 18. Lebensjahr vollendeten, nicht überprüft werden (§ 27 Abs. 1 AbgG Brandenburg). Danach werden also auch Abgeordnete überprüft, die am 9. November 1989 noch 17 Jahre alt waren. In anderen neuen Bundesländern gibt es gar keine Altersbeschränkungen.
- § 1 Abs. 2: Dieser Absatz sollte gestrichen werden. Wie oben gezeigt ist die Heranziehung des 1. Januar 1970 als Ausschlussdatum willkürlich. Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass gemäß den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen soziale Ausgleichsleistungen nicht gewährt werden, wenn der Berechtigte oder derjenige, von dem sich die Berechtigung ableitet, gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen oder in schwerwiegendem Maße seine Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer missbraucht hat. Dies ist grundsätzlich immer der Fall, wenn die betreffende Person sich dem MfS als hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter verpflichtet hat. Sie bemerken also, dass der § 1 Abs. 2 Satz 2 daher im Widerspruch steht, zu den Regelungen der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze.
- § 6 Abs. 1: In diesem Absatz ist die Rede von einer Zwei-Drittel-Mehrheit. Es gibt keinen Anlass in diesem Punkt von einer Zwei-Drittel-Mehrheit auszugehen, weshalb für eine einfache Mehrheit plädiert wird.

Zu dem Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU

- § 42 i Abs. 4 Satz 11: Es wird ausdrücklich begrüßt, dass der Bericht über die Feststellungen als Drucksache der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll. Dies wird im Land Brandenburg (§ 27 Abs. 4 AbgG Brandenburg), Sachsen-Anhalt (§ 46 a Abs. 4 AbgG Sachsen-Anhalt) und anderen übrigens ebenso gehandhabt.

- § 42 i Abs. 6 Satz 1: Das die stimmberechtigten Mitglieder mit einfacher Mehrheit ausdrücklich feststellen, dass das betroffene Mitglied das Ansehen des Landtages beschädigt hat wird begrüßt.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes - Verlängerung der Abgeordnetenüberprüfung im Einklang mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/858 - und Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit (Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten - ThürAbgÜpG -) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/936 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Stiftung niedersächsischer Gedenkhütten</td> <td>Stiftung öffentl. Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Stiftung niedersächsischer Gedenkhütten	Stiftung öffentl. Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Stiftung niedersächsischer Gedenkhütten	Stiftung öffentl. Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse										
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Hofmeister	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Zustimmung zur Verlängerung der Regelicherprüfung der Abgeordneten bis 2030	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligenttransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Celle, 24.9.2020	/



Stiftung
niedersächsische
Gedenkstätten

**Stellungnahme im Anhörungsverfahren zu den Änderungsanträgen der CDU-Fraktion
sowie der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Thüringer
Abgeordnetengesetz (DRS 7/858 und DRS 7/936)**

Die gesetzlich geregelte Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtages auf eine Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR bzw. dem Amt für Nationale Sicherheit ist mit dem Ende der 6. Wahlperiode des Thüringer Landtages ausgelaufen. Aus generationellen Gründen ist jedoch davon auszugehen, dass es auch in den kommenden Jahren noch möglich sein wird, dass sich unter den in den Thüringer Landtag gewählten Abgeordneten Personen befinden, die vom Ministerium für Staatssicherheit der DDR bzw. dem Amt für Nationale Sicherheit als offizielle oder inoffizielle Mitarbeiter*innen geführt wurden oder in anderer Form mit diesem zusammengearbeitet haben. Im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen kritischen Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit und insbesondere mit dem durch das MfS begangenen Unrecht sowie im Sinne einer demokratischen Selbstverständigung besteht deshalb weiterhin ein öffentliches Interesse an der Klärung, ob Abgeordnete des Thüringer Landtages mit dem MfS zusammengearbeitet haben. Eine Änderung des Thüringer Gesetzes zur Überprüfung der Abgeordneten mit dem Ziel einer Verlängerung der Überprüfungspraxis ist deshalb zu begrüßen.

Im Sinne des Einklangs mit dem neunten Gesetz zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes ist eine Befristung der neuen Regelung bis zum 31. Dezember 2030 sinnvoll.

Jugendliche waren sich der Tragweite ihrer Entscheidung für eine Zusammenarbeit mit dem MfS möglicherweise nicht voll bewusst. Der Vorschlag, nur solche Abgeordnete zu überprüfen, die vor dem Ende der DDR volljährig waren, erscheint deshalb sinnvoll. Denkbar

ist als Stichtag der 1. Januar 1970. Der Vorschlag, eine Zusammenarbeit mit dem MfS nicht zu berücksichtigen, wenn sie vor dem 1. Januar 1970 stattgefunden hat, erschließt sich aus historischer Perspektive hingegen nicht und erscheint daher wenig sinnvoll.

Sollte im Zuge der Überprüfung eine wissentliche Zusammenarbeit eines Abgeordneten mit dem MfS bzw. dem Arbeitsgebiet 1 der Kriminalpolizei festgestellt werden, sollten über die vorliegenden Erkenntnisse das Parlament wie auch die breite Öffentlichkeit sachlich informiert werden. Dem Abgeordneten muss das Recht zugestanden werden, dazu eine Erklärung abzugeben. Im Landtag sollte über den Fall eine Aussprache stattfinden. Dabei steht es den Abgeordneten frei, den Fall zu bewerten. Eine formelle Erklärung des Landtages, dass der Abgeordnete sein Ansehen belastet, sollte nicht erfolgen. Vielmehr bleibt es den Wähler*innen als dem Souverän überlassen, sich eine Meinung über den Fall zu bilden und diese bei der Stimmabgabe zu berücksichtigen.

Celle, 23. September 2020

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes - Verlängerung der Abgeordnetenüberprüfung im Einklang mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/858 - und Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten des Thüringer Landtags auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Amt für Nationale Sicherheit (Thüringer Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten - ThürAbgÜpG -) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/936 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td style="padding: 5px;">Stiftung Gelehrtenhäuser Buchenwald u. Wilhelm-Baum-Tag</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;">Fraktion - Haus 2, 99427 Weimar</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Stiftung Gelehrtenhäuser Buchenwald u. Wilhelm-Baum-Tag	Geschäfts- oder Dienstadresse	Fraktion - Haus 2, 99427 Weimar	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
		Stiftung Gelehrtenhäuser Buchenwald u. Wilhelm-Baum-Tag									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Fraktion - Haus 2, 99427 Weimar									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)											
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)	
	zeitl. Tordnung Leistungsfähigkeit bei der Stillung Gedankteten Bischenwald u. Mittel-Lam-Port	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)	
	Zur am 31.12.2030 mellen Regenschne weiterhin auf Hauptausst. oder inoffizielle Mitarbeit in MFS oder AFS überprüft werden. Wenn dadurch eine wert- volle Mitarbeit freigelegt wird, soll darüber die Öffent- lichkeit informiert werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Weimar, 13.10.'20	



Stiftung Gedenkstätten
Buchenwald und Mittelbau-Dora

Gedenkstätte Buchenwald · Direktion - Haus 2 · 99427 Weimar

Thüringer Landtag
Verwaltung

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
24.09.2020 13:59

2266512020

Stiftungsdirektion
99427 Weimar-Buchenwald
Fon 03643 430 0
Fax 03643 430 100
Mail info@buchenwald.de
www.buchenwald.de

**Stellungnahme im Anhörungsverfahren zu den
Änderungsanträgen der CDU-Fraktion (Drucksache 7/858)
sowie der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die
Grünen (Drucksache 7/936) zum Thüringer
Abgeordnetengesetz**

Mit dem Ende der 6. Wahlperiode des Thüringer Landtages ist die gesetzlich geregelte Überprüfung von dessen Abgeordneten auf eine eventuelle frühere Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bzw. dem Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) der Deutschen Demokratischen Republik ausgelaufen. Da das Ende der DDR 30 Jahre zurückliegt, könnten sich potentiell auch künftig unter den in den Thüringer Landtag gewählten Abgeordneten noch Personen befinden, die das MfS bzw. AfNS als hauptamtliche oder offizielle Mitarbeiter*innen geführt hat oder die mit diesen in anderer Form zusammen gearbeitet haben. Diesbezüglich besteht weiterhin ein öffentliches Klärungsinteresse zugunsten einer gesamtgesellschaftlichen kritischen Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit und insbesondere mit dem durch das MfS begangenen Unrecht wie auch zugunsten einer demokratischen Selbstverständigung. Daher ist eine Änderung des Thüringer Gesetzes zur Überprüfung der Abgeordneten mit dem Ziel einer Verlängerung der Überprüfungspraxis zu begrüßen.

Eine Befristung der neuen Regelung bis zum 31. Dezember 2030 im Einklang mit dem neunten Gesetz zur Änderung des



Stasi-Unterlagen-Gesetzes erscheint ebenso sinnvoll wie der Vorschlag, nur solche Abgeordnete zu überprüfen, die vor dem Ende der DDR volljährig waren (Geburtsjahrgänge bis 1970).

Stiftungsdirektion
99427 Weimar-Buchenwald
Fon 03643 430 0
Fax 03643 430 100
Mail info@buchenwald.de
www.buchenwald.de

Wenn durch die Überprüfung eine wissentliche Zusammenarbeit einer/eines Abgeordneten mit dem MfS bzw. dem AfNS festgestellt wird, sollten das Parlament wie auch die breite Öffentlichkeit sachlich über die vorliegenden Erkenntnisse informiert werden. Der/die betreffende Abgeordnete muss das Recht haben, sich ebenso erklären zu können, gerade auch im Rahmen einer Aussprache im Landtag. Den Abgeordneten ist auf dieser Grundlage dann eine Bewertung des konkreten Falles möglich. Darüber hinaus sollte keine formelle Erklärung des Landtages erfolgen, bleibt es doch den Wähler*innen überlassen, ihrer Einschätzung im Zuge der Stimmabgabe bei der nächsten Landtagswahl Ausdruck zu verleihen.

Weimar, 23. September 2020

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)